

Die proletarische Frau.

Nr. 3. 3. Jahrg.

Beilage der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“.

28. Dezember 1921.

UNG

(Schlesischen Internationale)

Die 1-gespaltene Millimeterzeile ober deren
als 0.90 Mt. Stellen- und Wohnungsangelegenheiten
und Versammlungsangelegenheiten 0.40 Mt.
1-millimeterzeile, 1-gespaltene ober deren Raum
im Text 3.— Mt.

„Das Elend selbst muß seine Säufte heben!“

Matte Sterne hängen an der Himmeldecke.
Gasflammen spiegeln in den nassen Pflastersteinen.
Nachhammer schickt verhaltenes Kinderweinen.
Ein Trunkener taumelt um die Straßenecke.

Die dunklen Häuser stehen steif und schauern
Mit stumpfen Augen in die leere Nacht,
Wenn drinnen Leidenschaften aufgewacht
Und Here wütern nach dem weißen Fleisch der Frauen.

Die latten Mauern bleiben stumm. Sie zeigen
Dem Himmel nicht, was hinter ihnen gärt.
Dort schwillt die Peule und das Brandmal schwärt,
Den Schrei des Wahnsinns dämpft der Klang der Getreid.

Die Dürre mit dem fatten Bürgerprossen
Für schlechtes Papier den Leib zum Spiel,
Die Blume, die aus frischem Kranze stiel,
Sinkt welt zum faulen Schlamm der Gassen.

Dier schliefen Schlächter aus Kristallpokalen
Das Blut der Reben, in der Slave pflückt.
Wiel Nächte saßen arme Frau'n geküßt
Bei Roben, drinnen legt Maitresses prahlen.

Dort lauert zitternd vor verschlossener Pforte,
Ein Obdachloser, den der Hunger quält,
Dem nur ein Bündel Stroh, ein Brotkrust fehlt. —
Für ihn blieb nichts, als schale Trostesworte.

Fremd ist den Sternen alles Leid der Armen,
In lechten Sälen schäumt das wilde Leben.
Das Elend selbst muß seine Säufte heben
Und sich der eignen Not erbarmen!

Wie ist die Knechtung der Frau entstanden?

Die Frau, sagt Bebel, war die erste Sklavin der menschlichen Gesellschaft.

Der Mann hatte sie geknechtet. Doch kam die Knechtschaft nicht plötzlich, sondern nach und nach, wuchs empor weder vom Manne, noch von der Frau vorzüglich gewollt.

Nach als der Mann und Frau wilde waren, als sie wie Tiere in Herden lebten, kannten sie keine Knechtung, alle jagten gemeinsam nach Nahrung, gemeinsam verzehrten sie ohne zu braten und zu kochen die Beute und gemeinsam ruhten sie von der Mühe des Tages. So ist es in der Urzeit gewesen.

Doch bereits zu dieser Zeit begann die Frau immer weniger und weniger mit dem Manne Schritt zu halten. Sie mußte Kinder gebären, sie dann nähren und aufziehen. Dies hielt sie immer mehr an einen Ort gefesselt, bei den Kindern zu sein. Schließlich kam es soweit, daß die gemeinsame Arbeit des Mannes und der Frau sich teilte. Der Mann erwarb die ehedem Nahrung auswärts, jagte, schlug sich der Nahrung wegen mit den Nachbarn, die Frau aber blieb bei den Kindern, bereitete dieselbe Nahrung, sammelte Früchte, Kräuter, Wurzeln und Samen, entdeckte so, daß die Samen in den Boden geworfen aufgehen und Frucht tragen und begann sie jetzt zu pflanzen. Sie verfertigte auch Kleidung, pflegte die Kinder. Des Mannes Arbeit wurde zu erwerben, der Frau zu bearbeitender, organisierender Arbeit.

Als der mit vervollkommenen Werkzeugen mehr Ertrag bringende Nahrungserwerb das Anwachsen der Menschengemeinden ermöglicht hatte, als die Herden größer wurden, Organisation und Verwaltung benötigten, da war es die Frau, die dies übernommen hat, die Älteste des Geschlechts, die Mutter aller. Dieses Zeitalter der Mutterherrschaft (Ma-

teriarität) haben alle Völkergeschichten durchgemacht, wie es die Kunde der Hausgeräte, Werkzeuge und Wohnstätten der Urmenschen und auch die Durchforschung der Wortwurzeln der ältesten Sprachen und der Ueberlieferungen beweisen.

In dieser viele Jahrtausende entfernten Zeit war die Frau der Organisator des Wissens, Erfahrung und Kunst der ganzen Gemeinde. Doch mit Entwicklung der Landwirtschaft, mit Verminderung des Wildes, tritt die Jagd in den Hintergrund und insolgedessen muß der immer kämpfende, umherstreifende Mann seine Lebensführung aufgeben und zum Leben in der Gemeinde zurückkehren. Seinem Willen, seiner physischen Kraft sich unterwerfend, vor seiner Raufucht wehend, verliert die Frau nach und nach ihre Machtstellung, der Mann treibt sie nach und nach von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben in den engen Kreis des häuslichen Herdes, in der Küche, Schlafzimmern, Kinderstube, und indem er sich selbst an den Kopf der Gesellschaft stellt, begründet der Mann den Anfang des patriarchalischen Zeitalters, der Herrschaft des Ältesten Vaters, des Patriarchen in der Gemeinde.

Von dieser Zeit an fällt die Frau immer tiefer und tiefer. Der Verbindungen mit der Gesellschaft bar, unter der Herrschaft, unter dem Schutz des Mannes wird sie bald zu seinem bloßen Mitläufer, ist nur zu seinen Interessen da, und verwandelt sich schließlich in ein willenloses Wesen, in ein Ding, das vorteilhaft verkauft und gekauft werden kann.

Die Frau darf ihr Gesicht nicht dem Manne unbedeckt zeigen, sie ist nicht wert zu essen, wenn er an der Tafel sitzt — so kann man es bis auf den heutigen Tag im Osten betrachten.

Meistens mußte sie selbst dem Manne die Knete reichen, damit dieser sie schlagen kann, wenn sie nicht gehorcht — so ist es im alten Rußland Brauch gewesen.

Die Frau besorgte den ganzen Haushalt und spannte sich auch in den Pflug, der Mann aber lag auf der Bärenhaut und trank Met — so war es Sitte bei den alten Germanen.

Darin wurden wie die Mädchen so auch die Jungen erzogen. Diese Willenlosigkeit, Knechtschaft, Erniedrigung der Frau, die so allmählich heranwachsen, wurden auch durch die Religion übergespiegelt, ja mehr; diese hat die Knechtung mit Siegel und Unterschrift begünstigt, so zum Beispiel in dem Märchen von Adam und Eva. Die katholische Weltlichkeit hat im Mittelalter nur mit einer Stimme Mehrheit der Frau eine Seele zuerkannt. So hat, durch solche Erniedrigungen mußte die Frau den „Vorzug“ bezahlen, daß sie Kinder gebärt, ihr Weg an einen Ort gefesselt ist und bei dem seine Kräfte bewahrenden, kampfrüstigen Manne Schutz suchen muß.

Nach dem während des Patriarchats die Frau eine ungeheure Rolle in der Gesellschaft gespielt hat, beginnt mit der patriarchalen Zeit bis auf den heutigen Tag eine tiefe Reaktion in ihrer Lage. Diese Reaktion — die stumme Knechtschaft betrifft gleichsam alle Frauen, die reichen und die armen, die alten und die jungen, die Kinderlosen und die Kinderreichen — sie alle werden von der Knechtschaft gebrandmarkt.

So blieb es auch in der dem patriarchalen Zeitalter folgenden Stufe, dem Feudalismus, bestehen. Die Kriege, welche für diese Jahrhunderte der Ritter und Kriegseroberer bezeichnend sind, bestreiten noch mehr die Männerkraft und -Macht, in der Anschauung der Frau, für welche der Mann zum Ritter und Beschrmer wird. Und wenn die feudale Frau vom Glanze der Verehrung bekränzt wird, so wird sie nicht als ein höheres, ja sogar nicht als ein gleiches Wesen verehrt und angebetet. Ja, als ein untergeordnetes Wesen, als das schwächere Geschlecht, das den Schutz des Stärkeren nötig hat, wird sie angesehen. Und auch heute noch, wenn der Mann einer Frau den Stuhl reicht, oder ihr galant den Mantel umwirft, so ist dies nichts anderes als Ueberreste jener Zeit der feudalen Ritter, die sich vor der Frau verneigten, Ueberreste des jentigen, was man der Frau für ihre Weiblichkeit und Sanftmut, ihre Schönheit, die dem Manne angenehm war, sollte. Lob und Verehrung erhielt sie für den Verlust ihrer Selbstständigkeit.

Und auch da, von der Anbetung und Verehrung betrogen ging sie folglos und zahl von ihrem Erzieher und Beherrscher dem Manne geführt. Bezungen ihrem Herzen zu gehorchen, nur seinen Schutz für sich und seine Kinder beanspruchen zu können, wissend, was er von ihr verlangt — dies hat sie aus der Erfahrung eines langen Zusammenlebens mit ihm gelernt — sah sie ihren Beruf darin, gute Wirtin, gute Ver-

Reiopposition Reizertrümmerung?

Von E. Hörnle.

Die rechte Opposition in der Partei hat der Mehrheit schärfsten Kampf angesagt. Sie ist der Ansicht, daß die „Vor- mit dem Rücktritt gewisser Zentrale- twortet werden müssen. Sie macht für ropaganda. Auch die Zentrale ist der jeter Opposition vollste Diskussionsfreiheit is. J., noch mehr! Sie ist in ihrer der festen Ueberzeugung, daß nur auf aupt überwunden werden kann.

Diskussion fällt freilich in eine Zeit, wo Wichtigeres zu tun hätte, als über diese tgleitung in der Märzaktion zu debattieren. die ganze Partei einig, daß im März d. S. ommen sind, die niemals wieder vor- m Prinzip bestehn also keine Differenz- tiert werden muß, so deshalb, weil eine n mit einer Hartnäckigkeit, die größerer j darauf verweisen, daß die Partei auch personelle Änderungen im Bestand ihrer en Garantien bieten müsse, daß es ihr lüssen des Zentralaussschusses auch wirklich

che der Parteidiskussion ist also nichts. Mißtrauen in die Fähigkeiten evtl. auch jelter Zentralmitgliedern, wobei die Fronie n, daß zu den Wortführern der Oppo- die mehr als jeder andere seit der lern haben, also keinen Grund zu per- gegenüber anderen Parteigenossen hätten. uch sei: Nur die Austragung des Kon- ten Parteioffentlichkeit kann diesem nun Mißtrauen den Boden entziehen. Nur und über sie hinaus alle revolutionär r, Gelegenheit haben, selber zu urteilen, ige schlossenheit wieder hergestellt werden.

Diskussion in der Presse, daher also eamte Material der Öffentlichkeit zu e Bereitwilligkeit, in Mitglieder- und igen offen und loyal Standpunkt gegen

ich ist die Voraussetzung dieser Haltung, er auf beiden Seiten sich bewußt bleiben, sind, die im Kampfe steht, daß wir vor isse, vor Sozialdemokraten und USP- ngen auszutragen haben. Und dies zu n deutschen Proletariat das Messer des nationalen Kapitals an der Kehle sitzt, o die alte sozialistische Führung mit die Arbeiter die ganze Last der Kriegs- igelasten auf den Rücken bekommen. iat beginnt eben jetzt die Notwendigkeit zu begreifen. Die politische Situation emäßig gesprochen — noch nie so günstig für

transporte.

Die „Breslauer Morgen-Zeitung“ bringt folgende Meldung:

Dem mit Sprengmunition beladenen Dampfer „Boja“, der vor einigen Tagen auf der Danziger See eintraf, wurde nachträglich die Genehmigung zur Einfahrt in den Hafen erteilt. Da die Hafenarbeiter sich weigerten, die Munition zu löschen, wurde der Dampfer auf Anordnung des Hafenausschusses, der die Verantwortung für die Gefährdung der Schifffahrt durch den unentladenen Munitionsdampfer nicht übernehmen konnte, am Sonntag wieder auf die See hinausgeschleppt. Darauhin haben die Hafenarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Polnisch-französische Annäherungsversuche an Rußland.

Eine Warschauer Meldung des „Weißrussischen Pressebureaus“ besagt, daß die polnische Politik gegenüber Sowjetrußlands vor einer Schwankung steht. Es ist ohne Zweifel, daß Frankreich seinen willigen Vasallen in diesem Sinne beeinflusst hat. Frankreich will über Polen seine Fäden nach Sowjetrußland spannen. Frankreich will nicht England und Deutschland allein die Durchdringung Rußlands überlassen. Coucheur, der französische Minister,

aus der Haft befreit worden.

Proletarische Einheitsfront — trotz alledem!

In Köln tagte am Dienstag eine Versammlung der Betriebsräte und Funktionäre des AOSB. Stein von der SPD referierte über die zehn Forderungen des AOSB. Bemerkenswert ist von seinen Ausführungen, daß er sagte, die Arbeiter müssen sich für die zehn Forderungen zur Einheitsfront zusammenschließen und müßten im Kampfe auch andere als nur parlamentarische Mittel anwenden. Eine angenommene Resolution war jedoch noch sehr stark vom SPD-Geist beeinflusst.

Um so wichtiger ist ein Antrag, der angenommen wurde. Er fordert, daß

der Ortsausschuß des AOSB. mit allen sozialistischen Parteien in Verbindung treten soll, um die zehn Forderungen des AOSB. durchzuführen.

In Köln haben sich also die Arbeiter zur Einheitsfront zusammengeschlossen. — Die Arbeiter müssen mit scharfen Augen darüber wachen, daß sie von den SPD-Führern, die heute für die Einheitsfront eintreten, weil die Massen sie fordern — nicht wieder betrogen werden. Die Arbeiter müssen dafür sorgen, daß die hergestellte Einheitsfront wirklich in dem Kampfe um die zehn Forderungen des AOSB. geführt wird.

et wie jetzt.

In einem solchen Moment erfordert das elementarste politische Pflichtgefühl von einem jeden Parteigenossen eine Austragung von sachlichen Differenzen in der sachlichsten Form. Will man die Partei heilen — und das wollen doch die Genossen rechts wie links — darf man nichts tun, was das persönliche Mißtrauen verschärft, die Stimmung verbittert, den Feinden zum Vorteil gereicht, die Schlagkraft der eigenen Partei lähmt.

Das aber tut eine kleine Schar von Genossen, die, statt offen in den Zeitungen und Versammlungen der Parteimitgliedschaft ihre Meinung zu verfechten, hintenherum, ohne Wissen der Zentraleitung, mit Erklärungen, Unterschriftenjammern, ja sogar Aufrufen arbeitet. Und nicht genug damit: Diese Erklärungen und Aufrufe sind in einem Wortlaut abgefaßt, der es geradezu darauf abzusehen scheint, die Gegenseite zu verdächtigen und zu erbittern. Oder was soll z. B. die Forderung eines Untersuchungsausschusses aus der Mitte der Protestunterzeichner? Die Zentrale ist überzeugt, daß die große Masse der Mitgliedschaft zu ihrem auf dem Parteitag gewählten Funktionären mehr Vertrauen hat als zu einer kleinen Schar Sonderbündler. Denn es ist der Anfang der Sonderbündelei, wenn so gearbeitet und gefordert wird.

Der Anfang einer Fraktionsbildung aber in voller Bedeutung des Wortes ist es, wenn die drei Genossen Maßgeb-

ung

unistischen Internationale)

Die 9spaltige Millimeterzeile oder deren
breite 0,90 Mt. Stellen- und Wohnungsangelegenheiten,
Bereits- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mt.
Millimeterzeile, 9spaltig oder deren Raum
im Text 8.— Mt.

arteiopposition arteiertrümmerung?

Von E. Hörnie.
Die rechte Opposition in der Partei hat der
Mehrheit schärfsten Kampf angefangt.
Recht. Sie ist der Ansicht, daß die „Vor-
n mit dem Rücktritt gewisser Zentrale-
ntwortet werden müssen. Sie macht für
Propaganda. Auch die Zentrale ist der
eser Opposition vollste Diskussionsfreiheit
uß. Ja, noch mehr! Sie ist in ihrer
it der festen Ueberzeugung, daß nur auf
haupt überwunden werden kann.
Diskussion fällt freilich in eine Zeit, wo
Wichtigeres zu tun hätte, als über diese
ntgleichung in der Märzaktion zu debattieren.
die ganze Partei einig, daß im März d. J.
kommen sind, die niemals wieder vor-
im Prinzip bester also keine Differenz
tiert werden muß, so deshalb, weil eine
en mit einer Hartnäckigkeit, die größerer
h darauf verfechten, daß die Partei auch
personelle Änderungen im Bestand ihrer
en Garantien bieten müsse, daß es ihr
lüssen des Zentralausschusses auch wirklich

che der Parteidiskussion ist also nicht
Mißtrauen in die Fähigkeiten evtl. auch
seltner Zentralmitglieder, wobei die Fronte
ll, daß zu den Wortführern der Oppo-
die mehr als jeder andere seit der
lernt haben, also keinen Grund zu per-
gegenüber anderen Parteigenossen hätten.
uch sei: Nur die Austragung des Kon-
ten Parteioffentlichkeit kann diesem nun
Mißtrauen den Boden entziehen. Nur
und über sie hinaus alle revolutionäre
r, Gelegenheit haben, selber zu urteilen,
rziggeschlossenheit wieder hergestellt werden.
Diskussion in der Presse, daher also
ejamte Material der Öffentlichkeit zu
e Bereitwilligkeit, in Mitglieder- und
rgen offen und loyal Standpunkt gegen

ich ist die Voraussetzung dieser Haltung,
er auf beiden Seiten sich bewußt bleiben,
sind, die im Kampfe steht, daß wir vor
nisse, vor Sozialdemokraten und USK-
nzen auszutragen haben. Und dies zu
n deutschen Proletariat das Messer des
nationalen Kapitals an der Kehle sitzt,
o die alte sozialistische Führung mit
die Arbeiter die ganze Last der Kriegs-
iglasten auf den Rücken bekommen.
iat beginnt eben jetzt die Notwendigkeit
zu begreifen. Die politische Situation

war — parteimäßig gesprochen — noch nie so günstig für
die Partei wie jetzt.
In einem solchen Moment erfordert das elementarste
politische Pflichtgefühl von einem jeden Parteigenossen eine
Austragung von sachlichen Differenzen in der sachlichsten
Form. Will man die Partei heilen — und das wollen doch
die Genossen rechts wie links — darf man nichts tun, was
das persönliche Mißtrauen verschärft, die Stimmung verbittert,
den Feinden zum Vorteil gereicht, die Schlagkraft der eigenen
Partei lähmt.

Das aber tut eine kleine Schar von Genossen, die, statt
offen in den Zeitungen und Versammlungen der Parteimit-
gliedschaft ihre Meinung zu verfechten, hinterherum, ohne
Wissen der Zentraleitung, mit Erklärungen, Unterschriften-
sammlungen, ja sogar Aufrufen arbeitet. Und nicht genug
damit: Diese Erklärungen und Aufrufe sind in einem Wort-
laut abgefaßt, der es geradezu darauf abzielt, die
Gegenseite zu verdächtigen und zu erbittern. Ober was soll
z. B. die Forderung eines Untersuchungsausschusses aus der
Mitte der Protestunterzeichner? Die Zentrale ist überzeugt,
daß die große Masse der Mitgliedschaft zu ihren auf dem
Parteitag gewählten Funktionären mehr Vertrauen hat als
zu einer kleinen Schar Sonderbündler. Denn es ist der
Anfang der Sonderbünderei, wenn so gearbeitet und ge-
fordert wird.
Der Anfang einer Fraktionsbildung aber in voller Be-
deutung des Wortes ist es, wenn die drei Genossen

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.
Uebersetzt von Adolf Heß.

Er stand morgens in dem Augenblick, als die Dampfseife
zur Arbeit rief. Im Sarg lag er mit offenem Munde, die Frauen
aber waren böse gerungen. Es begruben ihn seine Frau, sein
Sohn, sein Hund, der alte Truntenboß und Dieb Daulo Wessow-
schilow, der von der Fabrik fortgelagt war, und ein paar Bettler
aus der Vorstadt. Seine Frau weinte leise und wenig, Pawel
weinte nicht. Die Vorstäbter, die auf der Straße dem Sarg be-
gegneten, blieben stehen, bekreuzigten sich und sagten zueinander:
„Na, die Belagee kann sich freuen, daß er gestorben ist...“
Eintage verbesserten:
„Der ist nicht gestorben, sondern verreckt...“
Als der Sarg eingescharrt war, gingen die Menschen fort,
der Hund aber blieb da, setzte sich auf die frische Erde und schnup-
perte lange schweigend an dem Grabe herum. Einige Tage da-
rauf schlug ihn jemand tot...
Bierzehn Tage nach dem Tode des Vaters kam Pawel Wlas-
sow Sonntags stark betrunken nach Hause. Er glitt taumelnd auf
den Ehrenplatz, schlug mit der Faust auf den Tisch, wie es der
Vater getan, und rief nach der Mutter.
„Abendessen!“
Die Mutter setzte sich neben ihren Sohn, umarmte ihn und
zog seinen Kopf an ihre Brust. Er stemmte die Hand gegen ihre
Schulter, leistete Widerstand und schrie:
„Mama... stinkt!“
„Du Narrchen!“ sagte die Mutter traurig und freundlich,
seinen Widerstand überwindend.
„Ich will auch rauchen... Gib mir Vaters Pfeife...“
brummte Pawel mit schwerer Zunge.
Er hatte sich zum erstenmal betrunken. Der Branntwein hatte
seinen Körper geschwächt, sein Bewußtsein aber nicht ausgelöscht,
und in seinem Kopfe hämmerte die Frage:
„Bin ich betrunken? ... betrunken? ...“
Die Zärtlichkeit der Mutter machte ihn verwirrt, und der
Kummer in ihren Augen rührte ihn. Er wollte weinen, und um
diesem Wunsch zu unterbrechen, bemühte er sich, sich noch betrun-
kener zu stellen, als er tatsächlich war.
Die Mutter aber streichelte sein schweißiges, wirres Haar und
sagte leise:
„Solltest das nicht tun...“
Ihm wurde übel. Nach einem heftigen Brechansatz legte
die Mutter ihn zu Bett und bedeckte seine blasse Stirn mit
einem nassen Handtuch. Er wurde etwas erheitert, aber unter
ihm und um ihn herum drehte sich alles im Kreise, seine Augen-
lider wurden schwer, im Munde spürte er einen abscheulich bitter-
ren Geschmack. Er blinnte durch die Lider auf das große Gesicht
der Mutter und dachte verworren:
„Ist offenbar noch zu früh für mich... Die anderen trinten,
denen macht es nichts aus... Mir aber wird übel...“
Irgendwo aus weiter Ferne drang die weiche Stimme der
Mutter zu ihm hin:
„Was wirst du mir für ein Ernährer, wenn du zu trinken
anfängst...“
Er schloß die Augen fest und sagte:
„Alle trinken...“
Die Mutter seufzte schwer. Er hatte recht. Sie wußte, daß
den Leuten außerhalb der Schenke keine Freuden blühten, daß
andere Genüsse als der Schnaps für sie nicht existierten. Trotz-
dem sagte sie:
„Du mußt aber nicht trinten! Für dich hat der Vater schon
genug getrunken... Und mich gerade genug gequält... Wirst
du denn mit deiner Mutter kein Mitleid haben?“
Als Pawel die traurigen, weichen Worte hörte, dachte er
daran, daß die Mutter zu Lebzeiten des Vaters ganz unbemerkt
und schweigend im Hause gewaltet und hies in Unruhe und Zucht
vor Schlägen gelebt hatte. Pawel hatte in der letzten Zeit ein
Zusammentreffen mit dem Vater vermieden, war wenig im Hause
gemein und dadurch der Mutter entfremdet; als er jetzt allmählich
nüchtern wurde, blinnte er sie unverwandt an.
Sie war groß, etwas gekrümmt, und ihre gedrückte, von
langer Arbeit und Schlägen des Gatten ausgeemergelte Gestalt
bewegte sich lautlos, etwas schief vorwärts, als fürchtete sie stets,
an etwas anzuklopfen. Ihr breites, ovales, von Runzeln durch-
furchtes, aufgedunenes Gesicht wurde von dunklen, unruhig trau-
rigen Augen — wie bei den meisten Frauen in der Vorstadt —
erhellt. Ueber der rechten Braue lag eine tiefe Narbe, die zog die
Braue ein wenig in die Höhe, und es schien, daß auch ihr rechtes
Ohr etwas höher lag; das gab ihr einen Ausdruck, als wenn
sie stets furchsam auf etwas herzte. In ihrem dichten, dunklen
Haar glänzten graue Strähnen, als Zeichen härterer Schläge...
Ihr ganzes Wesen war weich, traurig, demütig...
Und über ihre Wangen stießen langsam Tränen.
„Wart doch, meine nicht!“ bat der Sohn leise. „Gib mir
zu trinken.“
„Ich bring' dir Wasser mit Eis...“ (Fortsetzung folgt.)

Frau zuerst den Mann heranzieht, denn er weiß doch am besten,
wie seine Frau anzufassen und zu interessieren ist.“ Schließen
Sie das daraus, liebe Lotti, daß er, wie sie selbst einige
Zeilen weiter bemerkt, seiner Frau durch ein brünniges Gesicht
zu verstehen gibt, „du gehörst an den Kochherd?“ — Das scheint
doch eigentlich das Gegenteil von seiner Befähigung für die
Frauenagitation zu bezeichnen!

Woran liegt es denn aber, daß wir jetzt noch immer die
Frauen in besonderen Veranstaltungen zusammenfassen müssen,
nicht etwa, um mit ihnen „Frauenfragen“ zu besprechen, sondern
um mit ihnen genau so alle politischen Tagesfragen zu erörtern,
wie in den allgemeinen Versammlungen? Seit die Frau durch
die gesellschaftliche Entwicklung zum Lasttier, ja zum Küchennöbel
des Kleinhaushalts herabgesunken ist, hat sich auch die Fähigkeit
des selbständigen Denkens bei ihr nicht entwickeln können. Sie
ist gewohnt, ohne nachzudenken, vom Manne zu übernehmen, und be-
regt es doch allgemeine Verwunderung, wenn man hier und da
mal hört, daß Mann und Frau einer anderen politischen Partei
angehören. Das ist ein Zeichen, daß es allgemein hingenommen
wird, die Frau hat die Anschauungen des Mannes zu teilen. In
den Frauenversammlungen wird die Frau dazu angehalten, selb-
ständig über die Probleme nachzudenken, selbständig ihre Meinung
zu äußern. Hier gewinnt sie den Mut, auch ihre Anschauungen zu
vertreten und wenn sie fühlt, daß sie auf dem richtigen Wege sich
befindet, dann wird sie auch den Mut haben, in den allgemeinen
Parteiveranstaltungen ihre Meinung zu äußern und zu vertreten.
— Nicht um Frauenfragen zu erörtern, sind die Frauenversam-
lungen da, denn es gibt für die proletarische Frau keine „Frauen-
fragen“, sondern um die Frau zum allgemeinen Kampfe des
Proletariats heranzuziehen, um neue, indifferente Frauen in die
Bewegung hereinzuführen. Das ist die Aufgabe der Frauenagita-
tion. Es ist kein Wunder, daß es dem oberflächlichen Beob-
achter scheint, daß die Frauen stets nur an den kleinen Dingen in
ihren Versammlungen leben bleiben. Es trifft dies nur insofern
zu, daß ungehobene Frauen immer wieder durch die Frauenver-
sammlungen herangezogen werden, während die geschulteren ihren
Platz in der allgemeinen Bewegung suchen, und, sofern sie politisch
aktiv sind, ihre Funktionen in der Gesamtlörperschaft ausfüllen.
Wäre es anders, dann würde wohl die Gefahr vorhanden
sein, daß die Frauenarbeit eine Nebenorganisation der Partei
werden könnte. So zeigt es uns, daß die in der Frauenagitation
tätigen Genossinnen ihre Aufgabe richtig auffassen, indem sie die
Frauen heranziehen und sie in die allgemeine Kampffront des
Klassenkampfes einweihen.

Das Wort des „getrennt Marschierens“ trifft auf die Frauen-
arbeit nicht zu und der Zweck und das Ziel unserer Frauen-
arbeit ist:
„Vereint schlagen!“

Gebärzwang ohne Gnade.

Im Petitionsausschuß des Württembergischen Landtages
warnte der Justizminister vor einer zu starken, gefühlsmäßigen
Betonung der Eingaben in Sachen des Gnadenrechts und gab
Auskunft über Beschwerden gegen die Haltung des Justizministe-
riums in Anbetracht der traurigen sozialen und wirtschaftlichen Zu-
stände. Gnadengesuche in den überhandnehmenden Abtreibungs-
delikten werden ausnahmslos abgelehnt, auch wenn die Gerichte
für Gnade eintreten.
Es ist empörend, welche Gefühlsrohheit sich in dieser kurzen
Rede ausdrückt. In der letzten Zeit wird von Gerichten und
Polizei eine Besorgnis auf arme Proletarierfrauen veranlaßt.
Hunderte von Frauen werden unter Anklage gestellt und verur-
teilt, weil sie sich gegen den Gebärzwang auflehnen. Die Not
ist in manchen Familien so groß, daß auch die Richter das Ur-
teil, das sie fällen, als zu hart empfinden und die Verurteilten
der Gnade des Justizministers empfehlen. Der Justizminister
aber ist unerbittlich.

Nur keine Wahrheit in der Kunst.

Das bekannte Wort des Malers George Grosz, „Das Ge-
sicht der herrschenden Klasse“, das 32 politisch-satirische Zeich-
nungen enthält, die wohl zu den besten ihrer Art zählen, wurde
vor einiger Zeit im Malik-Verlag beschlagnahmt.
Es ist ja weiter kein Wunder, daß die herrschende Klasse
ihre wahre Gesicht nicht gern im Spiegel sieht: Aber hier ist
festgestellt, daß der Befehl zur Beschlagnahme vom preussischen
Ministerium des Innern ausging, dem der „Genohe“-Verleger
vorsteht.
Nur die Kunst ist in der „freiesten Republik“ erlaubt, die
die Ausbeutung und Knechtung hübsch beschönigt oder vertuscht.
Aber Wahrheit in der Kunst, Manifestationen des gewaltigen
sozialen Anlasses, Bilder wie das des „eisernen Rössle“, wie die
der preussischen Feldwebel mit gehirnlosem Militärhüdel, wie
die der Erbschleiden, Schieber, Schlemmer und Prajler.
Derr Staatsanwalt waltete sie ihres Amtes zum Schutze der heil-
igsten Güter unserer Kultur!

Polnisch-französische Annäherungsversuche an Rußland.

Die „Dresdener Morgen-Zeitung“ bringt folgende
Mitteilung:
Dem mit Sprengmunition beladenen Dampfer „Goya“,
der vor einigen Tagen auf der Danziger See eintraf,
wurde nachträglich die Genehmigung zur Einfahrt in
den Hafen erteilt. Da die Hafenarbeiter sich weigerten,
die Munition zu löschen, wurde der Dampfer auf An-
ordnung des Hafenausschusses, der die Verantwortung
für die Gefährdung der Schifffahrt durch den unentladenen
Munitionsdampfer nicht übernehmen konnte, am Sonn-
abend wieder auf die See hinausgeschleppt. Darauf-
hin haben die Hafenarbeiter die Arbeit wieder auf-
genommen.

Polnisch-französische Annäherungsversuche an Rußland.

Eine Warschauer Meldung des „Weisprathener
Pressebureaus“ besagt, daß die polnische Politik gegen-
über Sowjetrußlands vor einer Schwendung stehe. Es
ist ohne Zweifel, daß Frankreich seinen willigen Kavalen in
diesem Sinne beeinflusst hat. Frankreich will über Polen
seine Fäden nach Sowjetrußland spannen. Frankreich will
nicht England und Deutschland allein die Durchdringung
Rußlands überlassen. Lecheur, der französische Minister,

ist durch seinen Eintritt ins Parlament nach elf Monaten
aus der Haft befreit worden.

Proletarische Einheitsfront — trotz alledem!

Ja Köln sagte am Dienstag eine Versammlung der
Betriebsräte und Funktionäre des ADGB. Stein von
der SPD. referierte über die zehn Forderungen des ADGB.
Bemerkenswert ist von seinen Ausführungen, daß er sagte,
die Arbeiter müssen sich für die zehn Forderungen zur
Einheitsfront zusammenschließen und müßten im Kampfe
auch andere als nur parlamentarische Mittel anwenden.
Eine angenommene Resolution war jedoch noch sehr hart
vom SPD.-Geist beeinflusst.
Um so wichtiger ist ein Antrag, der angenommen
wurde. Er fordert, daß
der Otkanschnß des ADGB. mit allen sozialistischen
Parteien in Verbindung treten soll, um die zehn
Forderungen des ADGB. durchzuführen.
In Köln haben sich also die Arbeiter zur Einheits-
front zusammengeschlossen. — Die Arbeiter müssen mit
scharfen Augen darüber wachen, daß sie von den SPD-
Führern, die heute für die Einheitsfront eintreten, weil die
Klassen sie fordern — nicht wieder betrogen werden. Die
Arbeiter müssen dafür sorgen, daß die hergestellte Einheits-
front wirklich in dem Kampfe um die zehn Forderungen des
ADGB. geführt wird.

war — parteimäßig gesprochen — noch nie so günstig für
die Partei wie jetzt.

In einem solchen Moment erfordert das elementarste
politische Pflichtgefühl von einem jeden Parteigenossen eine
Austragung von sachlichen Differenzen in der sachlichsten
Form. Will man die Partei heilen — und das wollen doch
die Genossen rechts wie links — darf man nichts tun, was
das persönliche Mißtrauen verschärft, die Stimmung verbittert,
den Feinden zum Vorteil gereicht, die Schlagkraft der eigenen
Partei lähmt.

Das aber tut eine kleine Schar von Genossen, die, statt
offen in den Zeitungen und Versammlungen der Parteimit-
gliedschaft ihre Meinung zu verfechten, hinterherum, ohne
Wissen der Zentraleitung, mit Erklärungen, Unterschriften-
sammlungen, ja sogar Aufrufen arbeitet. Und nicht genug
damit: Diese Erklärungen und Aufrufe sind in einem Wort-
laut abgefaßt, der es geradezu darauf abzielt, die
Gegenseite zu verdächtigen und zu erbittern. Ober was soll
z. B. die Forderung eines Untersuchungsausschusses aus der
Mitte der Protestunterzeichner? Die Zentrale ist überzeugt,
daß die große Masse der Mitgliedschaft zu ihren auf dem
Parteitag gewählten Funktionären mehr Vertrauen hat als
zu einer kleinen Schar Sonderbündler. Denn es ist der
Anfang der Sonderbünderei, wenn so gearbeitet und ge-
fordert wird.
Der Anfang einer Fraktionsbildung aber in voller Be-
deutung des Wortes ist es, wenn die drei Genossen

Sofales.

Abgabe zur Förderung des

Die Wohnungsnot und ihr

Das städtische Presseamt erst öffentlichen nachstehenden Kritik folgen sollen. Wir bringen die Kritik und werden am Schluss unsere Stellungnahme zur Wohnungsnot und Beseitigung klarlegen.

Die Ursachen der Wohnungsnot, Tätigkeit während des Krieges und ihr wachsender Bedarf völlig unzureichend Folgezeit sind allzu bekannt, als daß a gen werden müßte. Bekannt ist ferner weiteren Kreisen der Bevölkerung ist tritten, daß alle bisher angewandten M des Wohnungsmangels im besten F haben, vorübergehend den allergrößte gegen, daß sie aber niemals eine d der zahlreichen Schäden zu bringen v darüber braucht kein weiteres Wort. Was aber noch immer nicht genügend b jedenfalls aber von den glücklich B lung nicht allgemein beachtet wird, das Not, die es zu bewältigen gilt.

Die Nachfrage nach Wohnungen h absolut, wie im Vergleich mit anderen ordentlichen Umfang angenommen. M Wohnungslosse haben beim Wohnu teilung einer Wohnung beantragt. Unt Tausende von dringlichen Fällen, in denc kommissar außerstande sieht, Abhilfe zu gleich mit anderen Städten ergibt sich ristischen Landesamte herausgegebenen St frage nach Wohnungen in preußischen (als 10000 Einwohnern. Es geht dara allen Großstädten Breslau, insbesondere und 4-Zimmer-Wohnungen, nahezu die hältnisse aufweist. Bei 2-Zimmerwohn Breslau auf ein Angebot 48,1 Nachfr 13, in Köln 8,8, in Essen 9,8, in Frank in Düsseldorf 9,2, in Hannover 9,8, u in Königsberg 37,2 Nachfragen. Bei enstfielen in Breslau auf ein Angeb in Berlin 13,8, in Köln 10, in Essen am Main 16,4, in Düsseldorf 12,9, in Magdeburg 17, in Königsberg 28,6 M Zimmer-Wohnungen entfielen in Bresl bot 69,4 Nachfragen, in Berlin 12,4, in 25, in Frankfurt a. Main 7,4, in Düff nover 5,7, in Magdeburg 9,2, in Köni fragen. Dabei wird die Wohnungsnot S zuzug aus Oberschlesien und den destteilen noch weiter verschärft. Aber, gesehen: Allein die Unterbringung des n völkerungszuwachses stößt je länger je me überwindliche Schwierigkeiten.

Vor dem Kriege war ein Wohnungs 2400 Wohnungen jährlich zu verzeichner mals zur Unterbringung des Bevölkerung ausreichte. Der jährliche Zuzug von auf

Wer zerkört die Familie?

Saget Euch vor den Kommunisten. Sie wollen die Familie zerkören. So predigen die Vertreter von den Kanzeln. So wird es in den Jungfrauen- und anderen Skleralen Vereinen gelehrt. Und viele, sehr viele Proletarierfrauen nehmen diese Lehren gläubig auf und kommen gar nicht auf den Einfall, sie auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Täten sie es, so würden sie einsehen:

Es ist gar nicht möglich, daß die Kommunisten die Familie zerkören wollen. Denn die Familie ist ja schon zerkört. Das trauete Heim mit seiner wohligen inneren und äußeren Wärme, in dem die Mutter fürsorglich ihres Kindes waltet, ein inniges Familienleben, Vater und Mutter und Kinder vereint, existiert ja kaum mehr für ein Zehntel der Menschen. Denn wie kann noch von einem häuslichen Leben die Rede sein, in dem unbehaglich überfüllten, oft nicht einmal notdürftig warmen Proletarierbehäufungen, in denen in 70 von 100 Fällen, nicht eine, sondern mehrere Familien zusammenleben müssen. Wie kann die Frau ihre häuslichen Pflichten ausüben, darin Befriedigung finden und Befriedigung geben, wenn sie, wie es ja immer häufiger notwendig wird, zugleich noch einer außerhäuslichen Arbeit nachgeben muß, wenn das Einlaufen des Kochens, wenn alle häuslichen Arbeiten infolge der Feuererung immer zeitraubender und schwieriger werden. Wie können die Kinder zu ihrem Recht kommen, wenn sie keinen Platz zur Bewegung, kein Material zum Spiel haben und die Eltern, abgesehen, übermüdet, von Sorgen gequält, nervös, keine Zeit und Fähigkeit haben, sich um sie zu kümmern? Wie können Mann und Frau zu einem wirklich kameradschaftlichen Verhältnis kommen, wenn sie fast nie Zeit für einander haben, nie einen Raum, in dem sie ungekört zusammen sein können.

Das alles mühten die Frauen erkennen, wenn sie einmal ernsthaft darüber nachdenken würden, was an dem Gerede, daß die Kommunisten die Familie zerkören wollen, Wahres ist. Sie mühten einsehen, daß es nicht Vergnügungsgelucht, Gottlosigkeit, Mangel an Weiblichkeit der Frau sind, die den Zerfall der Familie herbeiführen, sondern daß daran die Feuererung, die Wohnungsnot, die Gewerksarbeit der Frauen Schuld sind. Sie mühten daher erkennen, daß es nicht der Kommunismus, sondern der Kapitalismus ist, der den Untergang der Familien herbeiführt.

Eine Pariser Metallarbeiterin.

Ich sah sie zum erstenmal auf dem Dritten Weltkongreß in Moskau im ehemaligen goldenen Kaiserloal. Mitten in der französischen Delegation sah ein schlankes Mädchen mit seinem lebhaftem Gesicht und kurzgeschneittenem Haar, das bereits ergraut war. Sie hatte beide Ellenbogen auf den Tisch und hörte aufmerksam den Rednern zu.

Später in einer Kommissionsitzung des Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale, der dem Kongreß der Kommunistischen Internationale unmittelbar folgte, machte ich ihre nähere Bekanntschaft.

Die Kommission mußte eine Resolution ausarbeiten über die Aufgaben der Roten Gewerkschaftsinternationale in Bezug auf die Arbeiterinnen.

Genossinnen aus Deutschland, Oesterreich, der Schweiz, Amerika, Frankreich und Rußland saßen nun beisammen und mußten eine Resolution schaffen, die den Verhältnissen in den einzelnen Ländern entsprach. Jede teilte dabei die Erfahrungen ihres Landes mit. Man sprach deutsch, da alle außer der Französin es konnten. Dann wurde der Inhalt der Reden überetzt und sie äußerte sich dazu.

„Bei uns in Frankreich“, sagte sie, „ist eine verschwindende Minderheit der Arbeiterinnen in den Gewerkschaften organisiert. In manchen Gewerkschaften sind bloß drei bis vier Prozent und die schon Organisierten sind auch noch sehr passiv. Wir haben da eine kolossale Arbeit zu leisten“, und sie machte ihre praktischen Vorschläge.

Nach dem Kongreß blieb die Genossin D. zusammen mit anderen Delegierten noch ein paar Wochen in England und sah sich das Leben dort an. Sie, die ihr Leben lang das schöne, elegante und reiche Paris der Ausbreiter zu leben gewohnt war und die ganze Pracht der kapitalistischen Kultur kannte, sah nicht etwa Herab auf das ökonomisch-rückständige Rußland, das jetzt so schwer und mühevoll für sein aukttes Dasein kämpft. Im Gegenteil. Überall sah und fühlte sie die Schwerkraft der russischen Arbeitermassen, die, befreit vom kapitalistischen Joch, ihr Leben neu und besser zu gestalten suchten.

Mit jedem Tage, den ich mehr in Rußland bin, fühle ich meine Energie sich steigern und meine revolutionäre Überzeugung sich heftigen“, sagte sie. „Ich war früher Syndikalistin, gab nichts auf den politischen Kampf, und nur die russische Revolution hat mir und tausenden französischen Arbeitern den richtigen Weg des Klassenkampfes gezeigt. Nur die russische Revolution hat das französische Proletariat zum politischen Kampf und zu einer

politischen Partei gebracht. Der Opportunismus der alten sozialistischen Partei Frankreichs jagte uns alle ins syndikalistische Lager.“

Jetzt ist Genossin D. wieder in Paris und erzählt wahrscheinlich ihren Kolleginnen im Betrieb vom revolutionären Ausfall.

Genossinnen!

Der Zentralkomitee der K.P.D., der am 16. und 17. November in Berlin tagte, hat beschlossen, daß die Partei in eine erhöhte Tätigkeit eintritt, um den Abwehrkampf der Arbeiterschaft gegen die Verschlechterungen ihrer Lebenshaltung zu steigern, um die Herstellung der Einheitsfront der Arbeiter zur Abwägung der Steuerlasten auf die Besitzenden mit allen Mitteln zu fördern. In dieser Campagne wird ganz besonders mit einer erhöhten Aktivität unserer Genossinnen gerechnet, damit auch die Massen der proletarischen Frauen für diese Kämpfe gewonnen werden. Unsere Genossinnen bieten sich viele Mittel und Wege, hunderte von Anknüpfungspunkten, um die proletarischen Frauen aus ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln und für unsere Sache zu interessieren. Feuerungsdemonstrationen, Frauenversammlungen, Beachtung von Lohnkämpfen, Anknüpfung an alle Tagesnöte und -bedürfnisse der proletarischen Frau geben uns kommunistischen Frauen Gelegenheit, auf uns und unsere Ziele aufmerksam zu machen und den kommunistischen Gedanken in die Massen der darbedenden und unterdrückten proletarischen Frauen zu tragen.

Deshalb-Genossinnen! Heran an die Arbeit, auch wir Frauen wollen die Parole: Heran an die Massen — in die Tat umsetzen. Wir werden dadurch nicht nur für die K.P.D., sondern auch für die allgemeine proletarische Sache, deren Klassenbewußter Teil wir sind, nur Gutes schaffen.

Das ganze Geheimnis der Erziehung

beruht darin, die Saiten der Seele zu finden, die auf die äußeren Anregungen am lebhaftesten anklänge. Dazu gehört nur ruhige, geduldige und feine Beobachtung. Oft ist für ein Menschenleben ein einziger Augenblick entscheidend. Ludwig Richter wurde zum Künstler, als er einen wandernden Maler bei der Arbeit sah: das Bildchen auf der Tabakdose seines Vaters war seine erste Vorlage. Wie ein Funke genügt, eine ganze Stadt in Brand zu setzen, so oft ein Wort, eine menschliche Seele zu entzündet. Aber man muß zu warten wissen und auf die armen Kinder nicht einen wahren Feuerregen von Besch und Schwefel herablassen.

Ludwig Gurliitt.

„Um die Politik kümmere ich mich nicht!“

Diese Lebensart ist allen bekannt. Man hört sie ebenso oft von dem sogenannten indifferenten Arbeiter, der garricht zu ahnen scheint, daß die kapitalistische Ausbeutung gerade auf dem Boden dieser politischen Interesslosigkeit blüht, wie von jenem Kopiarbeiter, dem sogenannten Intellektuellen, der sich zu fein dünkt, von den Höhen seiner angeblichen Geistigkeit hinabzusteigen in die Niederungen des politischen Tageskampfes.

Allen diesen Politiklosen hat der Satyriker Adolf Glasbrenner bereits im Jahre 1847 folgendermaßen die Wahrheit gesagt:

„Was ist denn Politik so schlimmes, daß die Esel und die Philister solche Furcht davor haben? Nehmt der Sache einmal ihren raffinierten Titel, nennt sie ehrlich unsere Geschichte, unsere Welt, und alle Scheu davor wird aufhören. Tretet aus eurer Hölle einen Schritt und ihr seid mitten in der Politik, mitten in der Welt und ihrer Geschichte. Denn da steht ihr Polizei, Beamte, Lehrer, da steht ihr glänzende Karossen mit sechs stolzen Pferden vorüberzogen, und da werdet ihr um eine milde Gabe angebettelt, und da seid ihr mitten in dem, was Welt und Geschichte heißt, und ihr könnt keinen Atemzug tun, ohne eine Menge, Politik mit hinunterzuschlucken. Versteht ihr nun, warum ich unsere Welt sagte? Weil wir die Politik nicht mehr als etwas Fremdartiges, Fernliegendes, sondern als unser nächstes, größtes, heiligstes Interesse betrachten sollen. Weil... doch genug! Wer mich noch nicht verstanden hat, der reife nach irgendeiner Tyrannei und melde sich als guter Untertan. Dumm genug ist er dazu.“

Liebig-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das grosse Dezember-Programm
Liedle für alle
Altmetalle
Otto, Leibnizstr. 1.
Am Grund der Verordnung des Reichsanzeigers vom 3. Dezember 1921 über den verlängerten Zeitraum des Aufbehaltens der Vergütungsgüterordnungen der Gewerkschaften (RGBl. Nr. 113 S. 1532) wird die bereits beschlossene neue Vergütungsträgerordnung am 1. April 1922 in Kraft treten werden. Bis dahin behält die jeweilige Vergütungsträgerordnung vom 14. Dezember 1920 in vollem Umfange unverändert ihre (Gültigkeit).
Der Magistrat.

Wichtig f. Brautpaare.
2 für Schrank, mod. 750
2 für Verkleidung m. Spgl. 750
1 Tisch mit Schubladen 150
2 Stühle 1 45
2 Betten in Patent- u. Stahlgewebe 1400
1 Kiste 7teil. mod. 1000
Alles zum Preis 4200
M. Giesel, Breslau,
39, Brüderstrasse 23.

Serie III 240 Mk.
Leo Nathan
Neue Schweidnitzer Straße Nr. 6.

Jeder pflichtbewusste Kommunist
müßt die letzte Woche im Jahr zu erhöhter Agitation für unsere heiligen Menschheitsideale. Jeder Genosse, jede Genossin bemüht sich in diesen Tagen mindestens einen neuen Leser für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ oder ein weiteres Mitglied für die Partei zu gewinnen. Gleichzeitig betätigt man sich rege an der Sammelaktion für unsere bitter notleidenden russischen Brüder und Schwestern, sowie an der Stärkung des Fonds der „Roten Hilfe“. Dieses ist unsere vornehmste Aufgabe!

Parteigenossen
Jedes Büro gewarnt bedarf an kommunistischer Literatur, gesellschafter, Unterhaltungsliteratur
in der
Kommunistischen Bucherei
Breslau, Gröbchenstraße 4.

Sobald erschienen:
KARL BREMER
Der nahende Zusammenbruch der deutschen Bourgeoisie u. die K. P. D.
UMSATZ: I. Die Bilanz der drei Jahre / II. Der Aufstieg / III. Die Angst vor dem Staatsbankrott / IV. Die Arbeiterregierung und die K. P. D. / V. Die Sozialdemokratie im Schicksalskampf / VI. Die nächsten Aufgaben.
36 Seiten
Preis Mk. 2.—
Zu beziehen durch
CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNLEY, HAMBURG 31
sowie durch alle Buchhandl. u. Organisationen der K. P. D.

Wiederverkäufer
Losen billig und gut
Erdern, Femben, Hirschhofen, Eristotagen, Gerat, Zitrar, Burgwaren, gute Welle, Reichsbekleidung usw. bei
E. Lehmann, Breslau
Poststraße 7.
Kaufvermittlung der Stadt v. 100 N. an.
Preisliste gratis.

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 30 Pf. Durch Austräger 1.90 M. pro Woche, 7.50 M. pro Monat. Durch die Post 7.50 M. pro Monat. Sprechstunden für die Redaktion: Nachmittags 5-6 Uhr. Druckverlagsanstalt für die Provinz Schlesien, s. v. m. b. H., Breslau. Postfachkonto Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Donnerstag, 29. Dezember 1921

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 0.80 M., auswärts 0.90 M. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0.40 M. Retraite: Die Millimeterzeile, 8gespaltig über deren Raum im Text 3.- M.

20 000 Eisenbahner auf die Straße.

Der Reichsverkehrsminister Groener geht unbekümmert seinen Weg. Er will das Defizit bei der Eisenbahn unter allen Umständen beseitigen. Er bereinigt es auf der Seite, wo ihm der geringste Widerstand entgegensteht wird. Gegen Stinnes und seine Verbündeten kann er nicht anrennen. Bei dem muß er einfach die geforderten Preise für Kohle, Eisen-Lokomotiven und Öl bezahlen. Deshalb muß Groener einen andern Weg suchen.

Er hat ihn gefunden. Die Eisenbahner sind wohl auch straff organisiert. Der Geist der Arbeitgemeinschaft hat aber das Rückgrat der Scheffel und Genossen geschmeidiger gemacht, so daß sie nicht genügend scharf gegen die „Reformbestrebungen“ des Herrn Groener vorgehen können.

Herr Groener hat trotz des Aufmarsches der Eisenbahner im ganzen Reich bisher nicht daran gedacht, den verlangten Vorstoß zu zahlen.

Herr Groener durchbricht mit einer Verordnung den Achtstundentag und verlangt, daß seine Beamten und Arbeiter bis zu 15 Stunden täglich in „Bereitschaft“ stehen. Selbstverständlich wird dieser Bereitschaftsdienst nicht besonders bezahlt.

Jetzt bereitet Herr Groener einen neuen Schlag vor. Bürgerliche Zeitungen bringen folgende Meldung:

Den zurzeit im Amt befindlichen Eisenbahnbeamten sollen nach der Absicht des Reichsverkehrsministeriums die wohlverdienenden Rechte gewahrt bleiben. Dagegen ist in Aussicht genommen, in Zukunft an die Stelle des öffentlichen rechtlichen Dienstvertrages die Einstellung auf Privatverträge treten zu lassen. Im Handwerker- und Arbeiterbestand der Reichseisenbahnverwaltung soll schon in nächster Zeit eine Verringerung um zunächst 20 000 Köpfe eintreten.

Zwanzigtausend Arbeiter und Handwerker sollen „zunächst“ auf die Straße fliegen, sollen das Meer der Arbeitslosen vermehren. Den „zwanzigtausend Köpfe“ werden weitere Zehntausende folgen, wenn die Eisenbahner, Beamte und Arbeiter, nicht mit den schärfsten Mitteln gegen diese Provokationen Front machen. Wenn jetzt, in zwölfter Stunde, die Eisenbahner nicht ihre ganze Macht in die Waagschale werfen, dann sind sie verurteilt auf lange Zeit.

Eisenbahnerstreik im Rheinland.

Der „Vorwärts“ meldet aus Düsseldorf: Die Funktionäre aus den Direktionsbezirken Eibersfeld, Köln und Effen verlangen für verheiratete männliche Bedienstete einen Vorstoß von 1000 Mark, für ledige und weibliche 750 Mark. Die Erfüllung dieser Forderung wird bis Mittwoch, den 28. Dezember, erwartet. Auf sämtlichen Bahnhöfen des Direktionsbezirks Eibersfeld streiken die Eisenbahnarbeiter. Die Beamten verhalten sich passiv.

Danziger Hafenarbeiter verweigern Munitionstransporte.

Die „Breslauer Morgen-Zeitung“ bringt folgende Meldung:

Dem mit Sprengmunition beladenen Dampfer „Boja“, der vor einigen Tagen auf der Danziger Weide eintraf, wurde nachträglich die Genehmigung zur Einfahrt in den Hafen erteilt. Da die Hafnarbeiter sich weigerten, die Munition zu löschen, wurde der Dampfer auf Anordnung des Hafenausschusses, der die Verantwortung für die Gefährdung der Schifffahrt durch den unentladenen Munitionsdampfer nicht übernehmen konnte, am Sonnabend wieder auf die Weide hinausgeschleppt. Daraufhin haben die Hafnarbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Polnisch-französische Annäherungsversuche an Rußland.

Eine Warschauer Meldung des „Weißrussischen Pressebureaus“ besagt, daß die polnische Politik gegenüber Sowjetrußland vor einer Schwärzung stehe. Es ist ohne Zweifel, daß Frankreich seinen willigen Vasallen in diesem Sinne beeinflusst hat. Frankreich will über Polen seine Fäden nach Sowjetrußland spannen. Frankreich will nicht England und Deutschland allein die Durchdringung Rußlands überlassen. Louchet, der französische Minister,

steht schon längere Zeit mit Krassin in direkter Verbindung. Frankreich möchte jetzt die Liquidierung der polnisch-russischen Gegenstände. Piłsudski, der polnische Scheidemann und gehorsame Sklave Briands gehorcht und läßt in Moskau und Charkow trotz des Rigaer Friedensvertrages erklären, daß Polen bestrebt sei, in die besten Verhältnisse mit Rußland zu kommen.

Daß trotz dieser „freundschaftlichen Annäherung“ an Sowjetrußland Polen und Frankreich ihre Rüstungen gerade gegen Rußland fortsetzen, zeigt obige Meldung, wonach die Munitionstransporte nach Polen wieder erneut aufgenommen werden.

Entente und Sowjet-Rußland.

Die „Times“ glauben mitteilen zu können, daß Briand und Lloyd George beschlossen hätten, mit der Sowjetregierung prinzipielle Besprechungen einzuleiten und zu diesem Zwecke den Volkskommissar Tschitscherin und seinen Stellvertreter Litwinoff zu Beginn nächsten Jahres nach London einzuladen. Man spricht vom 8. Februar als dem mutmaßlichen Zeitpunkt, an dem diese Besprechungen beginnen werden. Die Führer der Bolschewisten sollen eingeladen werden genaue Mitteilungen über bestimmte politische Fragen zu machen.

Russisch-italienisches Handelsabkommen.

In Rom wurde am 26. Dezember im Ministerium des Auswärtigen ein italienisch-russisches Handelsabkommen unterzeichnet, worüber seit einiger Zeit zwischen dem Ministerium und der russischen Handelsabordnung Verhandlungen im Gange waren.

Soll der Justizmord an Sacco und Vanzetti seinen Lauf nehmen?

Wie dramatisch aus Amerika gemeldet wird, soll der zuständige Gerichtshof die Revision des Urteils von Sacco und Vanzetti verworfen haben.

Das internationale Proletariat muß sofort seine Stimme zum wichtigen Protest erheben, um den von der amerikanischen Bourgeoisie beabsichtigten grauenhaften Justizmord an zwei seiner unerlöschlichsten Brüder noch in letzter Stunde zu verhindern.

Misianos Nachfolger.

Aus Turin wird gemeldet: Nachdem die italienische Kammer das Parlamentsmandat des Genossen Misiano für ungültig erklärt hat, ist als nächster auf der kommunistischen Liste in Turin der Genosse Carlo Gagliazzo an seine Stelle getreten. Genosse Gagliazzo befand sich seit dem Februar dieses Jahres im Gefängnis und ist jetzt durch seinen Eintritt ins Parlament nach elf Monaten aus der Haft befreit worden.

Proletarische Einheitsfront — trotz alledem!

In Köln tagte am Dienstag eine Versammlung der Betriebsräte und Funktionäre des ADGB. Stein von der SPD. referierte über die zehn Forderungen des ADGB. Bemerkenswert ist von seinen Ausführungen, daß er sagte, die Arbeiter müssen sich für die zehn Forderungen zur Einheitsfront zusammenschließen und müßten im Kampfe auch andere als nur parlamentarische Mittel anwenden. Eine angenommene Resolution war jedoch noch sehr stark vom SPD-Geist beeinflusst.

Um so wichtiger ist ein Antrag, der angenommen wurde. Er fordert, daß

der Ortsausschuß des ADGB mit allen sozialistischen Parteien in Verbindung treten soll, um die zehn Forderungen des ADGB. durchzuführen.

In Köln haben sich also die Arbeiter zur Einheitsfront zusammengeschlossen. — Die Arbeiter müssen mit scharfen Augen darüber wachen, daß sie von den SPD-Führern, die heute für die Einheitsfront eintreten, weil die Massen sie fordern — nicht wieder betrogen werden. Die Arbeiter müssen dafür sorgen, daß die hergestellte Einheitsfront wirklich in dem Kampf um die zehn Forderungen des ADGB. geführt wird.

Parteiopposition oder Parteierzürückerung?

Von E. Hörnle.

Die sogenannte rechte Opposition in der Partei hat der jetzigen Zentrale in der Mehrheit scharfsten Kampf angesagt. Das ist ihr gutes Recht. Sie ist der Ansicht, daß die „Vorwärts“-Enthüllungen mit dem Rücktritt gewisser Zentralemitglieder hätte beantwortet werden müssen. Sie macht für diese ihre Ansicht Propaganda. Auch die Zentrale ist der Auffassung, daß dieser Opposition vollste Diskussionsfreiheit gewährt werden muß. Ja, noch mehr! Sie ist in ihrer übergroßen Mehrheit der festen Ueberzeugung, daß nur auf diese Weise sie überhaupt überwunden werden kann.

Diese taktische Diskussion fällt freilich in eine Zeit, wo die Partei erheblich Wichtigeres zu tun hätte, als über diese oder jene politische Entgeißelung in der Märzaktion zu debattieren. Im Grunde ist sich die ganze Partei einig, daß im März d. J. ernste Fehler vorgekommen sind, die niemals wieder vorkommen dürfen. Im Prinzip bestehe also keine Differenz. Wenn trotzdem diskutiert werden muß, so deshalb, weil eine Anzahl Parteigenossen mit einer Hartnäckigkeit, die größerer Ziele wert wäre, sich darauf versteifen, daß die Partei auch nach außen, durch personelle Änderungen im Bestand ihrer Leitung die sichtbaren Garantien bieten müsse, daß es ihr mit den letzten Beschlüssen des Zentralausschusses auch wirklich ernst sei.

Die letzte Ursache der Parteidiskussion ist also nichts als ein persönliches Mißtrauen in die Fähigkeiten evtl. auch den guten Willen einzelner Zentralmitglieder, wobei die Ironie des Schicksals es will, daß zu den Wortführern der Opposition Leute gehören, die mehr als jeder andere seit der „Märzaktion“ umgelernt haben, also keinen Grund zu persönlichem Mißtrauen gegenüber anderen Parteigenossen hätten.

Aber wie dem auch sei: Nur die Austragung des Konfliktes in der vollsten Parteioffenheit kann diesem nun einmal existierenden Mißtrauen den Boden entziehen. Nur wenn die Mitglieder, und über sie hinaus alle revolutionär empfindenden Arbeiter, Gelegenheit haben, selber zu urteilen, kann die innere Parteilichheit wieder hergestellt werden.

Daher also die Diskussion in der Presse, daher also der Beschluß, das gesamte Material der Öffentlichkeit zu übergeben, daher die Bereitwilligkeit, in Mitglieder- und Funktionärversammlungen offen und loyal Standpunkt gegen Standpunkt zu stellen.

Eines aber freilich ist die Voraussetzung dieser Haltung, daß die Parteimitglieder auf beiden Seiten sich bewußt bleiben, daß wir jene Partei sind, die im Kampfe steht, daß wir vor der gesamten Bourgeoisie, vor Sozialdemokraten und USP-Leuten unsere Differenzen auszutragen haben. Und dies zu einer Stunde, wo dem deutschen Proletariat das Messer des nationalen und internationalen Kapitals an der Kehle sitzt, zu einer Stunde, wo die alte sozialistische Führung mit Stinnes paktiert, wo die Arbeiter die ganze Last der Kriegs- und Wiedergutmachungskosten auf den Rücken bekommen. Das deutsche Proletariat beginnt eben jetzt die Notwendigkeit geschlossenen Handelns zu begreifen. Die politische Situation war — parteimäßig gesprochen — noch nie so günstig für die Partei wie jetzt.

In einem solchen Moment erfordert das elementarste politische Pflichtgefühl von einem jeden Parteigenossen eine Austragung von sachlichen Differenzen in der sachlichsten Form. Will man die Partei heilen — und das wollen doch die Genossen rechts wie links — darf man nichts tun, was das persönliche Mißtrauen verschärft, die Stimmung verbittert, den Feinden zum Vorteil gereicht, die Schlagkraft der eigenen Partei lähmt.

Das aber tut eine kleine Schar von Genossen, die, statt offen in den Zeitungen und Versammlungen der Parteimitgliedschaft ihre Meinung zu verfechten, hintenherum, ohne Wissen der Zentraleitung, mit Erklärungen, Unterschriften-Sammlungen, ja sogar Aufrufen arbeitet. Und nicht genug damit: Diese Erklärungen und Aufrufe sind in einem Wortlaut abgefaßt, der es geradezu darauf abzielt, die Gegenseite zu verdächtigen und zu erbittern. Ober was soll z. B. die Forderung eines Untersuchungsausschusses aus der Mitte der Protestunterzeichner? Die Zentrale ist überzeugt, daß die große Masse der Mitgliedschaft zu ihren auf dem Parteitag gewählten Funktionären mehr Vertrauen hat als zu einer kleinen Schar Sonderbündler. Denn es ist der Anfang der Sonderbündelei, wenn so gearbeitet und gefordert wird.

Der Anfang einer Fraktionsbildung aber in voller Bedeutung des Wortes ist es, wenn die drei Genossen Misiano

Brax und Friesland einen „Aufruf“ hinter dem Rücken der Zentrale, wohl aber unter Ausnutzung des zentralen Parteiapparates an die Parteireaktionen vertrieben, und wenn im Begleitschreiben hinzugefügt wird, daß Ernst Friesland auch noch eine Broschüre zuzusenden werde, die „nicht für die Öffentlichkeit“ bestimmt ist. Heißt das, Genosse Friesland, eine parteigenössliche Diskussion? Ist Friesland so naiv, zu glauben, daß seine Veröffentlichungen nicht in die „Freiheit“ oder in die bürgerliche-Presse gelangen werden? Wie war es mit dem Sonderabdruck seines Artikels?

Die Zentrale hat gar keine Lust, einen „Fall Friesland“ oder Malzahn oder Brax zu schaffen. Aber das muß hier gesagt werden: Narrenfreiheit haben sie auch nicht! Wer dem Feinde in die Hände arbeitet, muß sich darauf gefaßt machen, daß man ihn danach behandelt.

Die Zentrale veröffentlicht an anderer Stelle die wichtigsten Teile des genannten „Aufrufes“. Sie hat es nicht nötig, im einzelnen auf das einzugehen, was darin vorgebracht wird: eine Fülle von vagen Verdächtigungen, Behauptungen, ohne konkrete Unterlagen, von Andeutungen, die offenbar absichtlich der erschreckten Phantasie weitesten Spielraum lassen wollen. Was die Märzaktion anbetrifft, so werden ja die Parteimitglieder schon in den nächsten Tagen das Material in den Händen haben, um sich selbst zu informieren. Was die Behauptungen anbelangt: „Diese Politik soll wiederum der allererschwersten Erschütterung ausgesetzt werden“, — „von neuem stürzt man die Partei in eine schwere Krise“, — „hier hat die Mehrheit der Zentrale täglich versagt“, — „die Zentrale ist auch heute noch die Gefangene dieses alten Feldwebelgeistes“ usw., so fordern wir die Unterzeichner hiermit auf, doch endlich die konkreten handgreiflichen Beweise ihrer Behauptungen, die sie weder in Sitzungen der Zentrale, noch in sonstigen Besprechungen zu nennen beliebten, vorzubringen.

Im entgegengesetzten Falle können wir sie beim besten Willen nicht anders betrachten als bewusste und absichtliche Parteischädlinge.

Bei Sichte betrachtet, bleiben von den ganzen Anklagen des Dreimännerkollegiums nur zwei Punkte übrig: Erstens gefällt es ihnen nicht, daß Eberlein und andere heute noch trotz der „Entsüllungen“ den Posten bekleiden, auf den sie das Vertrauen des Parteitagcs berufen hat. Zweitens sehen sie starrköpfig in der bekannten Erklärung der Zentrale gegen die K.A.G.-Tendenzen in der Partei den Anhang einer Pogromhege. Und das, obwohl den Genossen auf ihre Anfrage die unzweideutige und bindende Erklärung gegeben wurde, daß jede Stimmungsmache und „Leutenhege“ der Zentrale nicht nur ferne liege, sondern von ihr energisch bekämpft werde. Die Genossen wissen auch, daß sofort entsprechende Anweisungen erteilt worden sind. Oder haben sie etwa selbst ein gewisses Interesse daran, als Märtyrer des „Feldwebelgeistes“ zu gelten? Wir halten es für selbstverständlich, daß die überwältigende Mehrheit der Parteimitglieder ihnen diesen Gefallen nicht tun wird.

Die Genossen rufen nach Garantien für die Politik, die der Zentralausschuß beschlossen hat. Wir fragen: Gibt es eine bessere Garantie als der ausgesprochene Wille der überwältigenden Mehrheit der Partei? Als die Tatsache, daß gerade unsere größten und stärksten Bezirke diese Politik praktisch durchführen? War etwa unsere Haltung bei der Feuerungsfrage, in der Sache der Lichtenburger Gewerkschaften, unsere Taktik in den Gewerkschaften, in der Betriebsräte-Versammlung, nicht die geradlinige Durchführung der beschlossenen Politik? Ist etwa unsere Haltung zu den Steuerfragen, zur Erfassung der Sachwerte, zur Koalitionsregierung usw. ein Anlaß zu Befürchtungen von ihrer Seite? Das sind doch die Kriterien unserer Politik. Wir glauben nicht, daß die Garantien weder in den Augen der Partei, noch in den Augen der breiten Massen durch einen Personewechsel im Bestand der Zentrale wesentlich verbessert werden können.

Wohl aber kann die Lage der Partei verschlechtert werden, wenn solchen Nebenarten, wie: „Der Kampf, der jetzt von neuem von außen in unsere Reihen getragen ist“, von Leuten wie Ernst Friesland ausgesprochen werden, von Leuten, die aus eigener Erfahrung wissen, wie ernsthaft jedes einzelne Mitglied der Zentrale mit den Problemen der kommunistischen Partei zu lösen gibt.

An der Parteimehrheit liegt es wahrlich nicht, wenn die tatsächlichen Differenzen innerhalb der Partei zu einer Krise der Partei auswachsen sollten. Die Verantwortung tragen jene, die in den Fußstapfen Paul Levys nun auch mit Broschüren hervortreten, die internes Material aus der Sitzung des Pol-Büros veröffentlichen. Genosse Ernst Friesland hatte wahrlich andere Wege und Mittel, um das Ohr der Parteimitgliedschaft zu gewinnen.

Gegen eine Parteiopposition, so unberechtigt sie uns erscheinen mag, werden wir weiteste Toleranz üben. Um so fester muß zugegriffen werden, bei überführten Parteizerkürmmerern.

Politische Übersicht.

Fröhliche Weihnacht in England.

Aus London wird gemeldet: In der Weihnachtswoche betrug die Zahl der Arbeitslosen in England 1 824 500; dazu kommen noch die Kurzarbeiter!

Die Arbeitslosen setzen ihre direkte Aktion gegen die Ueberstundenarbeit fort. So wurde ein Großbetrieb in Walthamstow von Erwerbslosen besetzt, die forderten, daß keine Ueberstunden mehr in der Fabrik gemacht werden sollen. Die Polizei eroberte den Betrieb für die kapitalistische Ordnung zurück.

Arbeitslosendemonstration in Christiania.

Aus Christiania wird gemeldet: Die Zahl der Erwerbslosen ist in Norwegen auf über 40 000 gestiegen. Vor dem Rathaus in Christiania veranstalteten die Arbeitslosen eine große Demonstration. Die Stadtverordnetenmehrheit weigerte sich, eine Deputation der Erwerbslosen vorzulassen. Darauf verließen die kommunistischen Stadtverordneten demonstrativ den Saal, begaben sich zu den Arbeitslosen und zogen mit ihnen zum Landtag weiter.

Die Aufhebung der Ausnahmeverordnung.

Berlin, 24. Dezember. Der Reichspräsident hat über die Aufhebung der Verordnung vom 28. September 1921 folgende Verordnung vom 23. Dezember 1921 erlassen:

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1.

Die Verordnung vom 28. September 1921 — Reichsgesetzblatt S. 1271 — wird hiermit aufgehoben.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Jedoch bleibt § 7 der Verordnung vom 28. Sept. 1921 für die Erledigung von Beschwerden maßgebend, die gegen Verbote oder Beschlagnahmen bis zum 31. Dez. 1921 einschließlich erhoben worden sind.

Berlin, 23. Dezember 1921.

Der Reichspräsident.

gez. Ebert.

Der Reichskanzler.

Der Minister des Innern.

gez. Dr. Wirth.

gez. Dr. Köster.

Die Ebertsche Ausnahmeverordnung, die angeblich gegen rechts erlassen wurde, ist in ihrer Auswirkung nur gegen die kommunistische Presse zur Anwendung gekommen. Erst vor einigen Tagen wurde unsere „Düsseldorfer Freiheit“ auf Grund dieser Verordnung verboten. Die Ebertregierung wird trotz der Aufhebung noch genügende Handhabe besitzen, um gegen die ihr unbecommene Presse vorzugehen.

Die Sammlung für die Gefangenen in Niederschönenfeld.

Der „Vorwärts“ — natürlich auch die bürgerliche Preßkanaille — bringt in seiner Sonnabend-Morgenausgabe eine Notiz gegen den Genossen Mühsam, der seit Jahren in der Festung Niederschönenfeld eine lange Freiheitsstrafe verbüßt, und versucht auch diese Sache gegen die kommunistische Partei auszuschlachten. Den klugen Leuten vom „Vorwärts“ scheint nicht bekannt zu sein, daß Mühsam Anarchist und nicht Kommunist ist, und daß er selbst ein paar Zeilen später darauf hinweist, daß die kommunistische Partei eine andere Verteilung der in Amerika gesammelten Gelder wünsche. Die Dinge liegen in Wirklichkeit so: Auf Anregung Mühsams wurden von den amerikanischen Anarchisten 26 000 Mark gesammelt, die dem Genossen Mühsam persönlich überwiesen wurden zur Unterstützung der „aktiven Revolutionäre“, unter besonderer Berücksichtigung der Kollage Mühsams. Mühsam hat dieses Geld seiner Frau überwiesen und hat sich, nach unserer Kenntnis, nie mit der Verteilung des Geldes beschäftigt. Seine Frau machte den Vorschlag, diesen Betrag wie folgt aufzuteilen:

Für Rechtsbeistand an alle Inhaftierten	Mk.	8500.—
Reservefonds für die aus der Festung Entlassenen	=	3500.—
Für Gerichtskosten ein Reservefonds von	=	2000.—
zurückzustellen. Sie hat dann von dem übrigen Gelde verausgabt:		
Unterstützung an andere Festungsgefangene	Mk.	850.—
Projektkosten	=	1300.—
Unterstützung an Mühsam	=	700.—
Krankenhauskosten für Frau Mühsam	=	1000.—
Für ärztliche Behandlung Mühsams	=	3500.—

Insgesamt Mk. 20350.—
so daß zur Verteilung an die Inhaftierten der Betrag von Mk. 5650.— vorhanden war.

Dies war ein Vorschlag der Frau Mühsam. Da sie aber nicht allein über diese Gelder verfügen wollte, zog sie die Bezirksleitung zu Rate. Diese erklärte, daß der Gesamtbetrag gleichmäßig an alle Inhaftierten verteilt werden sollte, was inzwischen wohl auch geschehen ist.

Der Versuch, aus dieser Unterstützungsangelegenheit der kommunistischen Partei einen Vorwurf zu machen, ist, wie aus diesem Tatbestand zu ersehen, eine der täglichen Schurkereien des „Vorwärts“, ohne die dieser scheinbar nicht leben kann.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Posen

erzielte die K.P. trotz des ungeheuren Terrors große Erfolge, erhielt 4272 Stimmen und 5 Mandate, die Rechtssozialisten 1730 Stimmen und 2 Mandate.

Schlesische Rundschau.

Aus der deutschen Republik.

Der „Schlesischen Volkszeitung“ (Zentrums-Organ) entnehmen wir folgende Mitteilung:

Die Schweidnitz-Lauerische Fürstentumslandschaft hielt ihren Weihnachts-Fürstentumstag ab. Landschaftsdirektor v. Seydlitz gedachte in der ersten Sitzung des 25-jährigen Jubiläums des Freiherrn Hiller von Gaertlingen auf Reppersdorf als Landesältester und brachte dem Jubilar unter Ueberreichung eines wertvollen Geschenkes die Glückwünsche des Landschaftskollegiums dar.

Solches geschehen im Jahre des Heils 1921, drei Jahre nach der sieg- und glorreichen Revolution in der schönen, freien, demokratischen Republik Deutschland.

WIRBELSTURM.

ROMAN VON ANDOR NAGY.

AUS DEM UNGARISCHEN MANUSKRIFT
UEBERTRAGEN VON STEPHAN J. KLEIN.

(Nachdruck verboten.)

„Das ist gar nicht notwendig“ entgegnete Maria „bei ihnen ist dies nicht üblich. Bei ihnen wird den Toten bloß ein großes weißes Hemd angezogen. Dieses haben sie stets vorbereitet. Die Frau bringt es gleich bei der Hochzeit ins Haus... Der Arme hat freilich kein Totenhemd, mein Seelchen brachte ihm keines, denn Sie belieben ja eine Christin zu sein.“

„Ich habe keine Religion mehr, Mutter“ — Lola hob die Augen zu Maria an. „Will keine Christin mehr sein.“

„Sie haben recht“ — nickte Maria.

„Ich kann auch nicht mehr beten, Mutter. Will es von nun an obachin nicht mehr tun.“

„Das letztere glaube ich Ihnen gern, meine Seele.“ Maria ließ traurig den Kopf hängen. Dann sprach sie unerschrocken: „Doch brauchen wir für ihn auch Strümpfe.“ Lola brachte Strümpfe. Die ihren. Keine, die ihr am liebsten waren. Doch waren alle zu eng. Sie näherte sie zwei zusammen.

„Wir brauchen auch einen Sarg“ — sagte Lola.

„So bekommen wir hier einen Sarg?“

„Niemand“ — erklärte Maria. — „Doch brauchen wir keinen solchen, wie wir ihn haben. Bei ihnen ist das nicht üblich. Man braucht bloß vier Bretter, die sind nicht gehobelt, und man darf auch keinen Nagel in sie schlagen. Die Bretter werden nur aneinander gefügt.“

„Woher wird Ihr das, Mutter?“

„Ach, meine Seele, ich habe bei ihnen viele Jahre gedient! Auch bei den Straßberger in Salva. Dort sah ich all dies.“

Sie sprach laut.

„Nun ist sicherlich auch der Straßberger schon tot. In der Frühe schleppte ihn die Scharren von hier fort. Der arme Mann war nichts von daheim gelassen. Er war ein guter Mensch. Gott geb' ihm die ewige Ruh.“

Sie schwiegen.

Dann machten sie sich auf den Weg. Suchten Bretter, fanden beim Glashaus einige frisch gekagte. Sie gingen zurück, maßten die Länge des Toten. Suchten dann eine Säge. Maria sagte mit zitternden Händen, Lola aber lachte auf dem rauhen Brett, um es festzuhalten. Als der Sarg fertig war, trugen sie ihn ins Zimmer. Maria machte alles so wie sie es in Salva gesehen. Sie stellten den Sarg auf den bloßen Boden, legten den Toten hinein, verdeckten die vier Bretter mit einem schwarzen Tuch.

„Nun gehen wir ein Grab anzufangen“, — sagte Maria.

Sie begaben sich in den Garten. Gegenüber von der Glasveranda bräun sich ein glatter Stein.

„Nun wollen wir ihn begraben“, — erklärte Lola.

„Dort auf der Veranda lag er zum letzten Mal.“

Hart war der Boden, wurde von den harten Wurzeln dahinter Gras zusammengehalten, der Spaten drang schwer in die Erde. Es war eine hoffnungslos harte, langwierige Arbeit, doch gaben sie nicht nach. Bald nahm die eine, bald die andere den schwereren Spaten zur Hand und bot der Erde Trotz, mit dem eigenen schwachen Körper zusammenzukämpfen, schweißend. Auf Lolas reinen Händen brachen Blasen auf, Blut drang hervor, der Spaten schnürte ihre Sohlen an, ihr Kreuz, ihr Rücken, ihr ganzer Körper brannte vor schmerzhaftem Schmerz — sie achtete nicht darauf. Mit erneuter Entschlossenheit, um Atem ringend,

stürzte sie sich auf die Arbeit mit stolzem festen Willen. Es gibt kein Zurecht. Wozu sie sich entschlossen, war ein schwerer, blutiger, tödlich ernster Weg, doch mußte sie ihn zu Ende führen. Sie dachte darüber gar nicht nach, dachte überhaupt nicht daran; weshalb, wozu? ... Etwas trieb sie, hegte sie; sie war es schuldig. Wem? Dem Toten, den sie bisher nicht einmal als Menschen betrachtete? Oder den Mördern, die sie bisher so hochgestellt? Auch darüber dachte sie nicht nach. Nichts war in ihr, was Plan, Entschluß, Berechnung gewesen wäre — was sie tat, war etwas Schwereres, kam aus größerer Tiefe, war wahrer und erhabener.

Der Mensch, der vernachlässigte, der beiseite geworfene Mensch, trat aus ihr hervor; aus ihrem verdrängten, elend gewordenen Wesen stürzte der Mensch empor, denn sie hatte die fürchterlichste Unmenschlichkeit geschaut. Die Benommenheit dieses großen Erwachens jummte nun in ihrem Kopf, diese Benommenheit hielt sie gebannt, wies ihren nackten Instinkten den Weg. Nun stand sie dort, bis zu den Knien in der Grube, warf die schwarze Erde auf... Außerlich schien sie noch dasselbe, die Magdalenmairresse, die verwöhnte Kokotte, die Großweltsdame, doch war sie es nicht mehr. Außerlich hing noch an ihr die leichtsinnige Maske, die Schminke, der Seidentanz, doch war sie in ihrem Innern bereits ein anderer Mensch; der Gefährte des armeliegendsten, verlassensten, gedemütigtesten Menschen.

„Diese Ehre soll bloß unter sein!“ — jagten ihre Lippen und sie presste sich mit dem schwachen, gepflegten, gehegten Körper gegen den Spaten, grub die Grube, das Grab für einen Gehängten. Es war schon fast Abend, da das Grab fertig war. Marias Schwen waren zermürbt. Ihre Arme und Beine waren steif, ihr ganzer Körper dampfte und sie bebt wie ein müde gearbeitetes Zugvieh. Doch fragte sie mit keinem Wort, wozu diese schwere Mühe gewesen sei. Ihre Frage lautete bloß:

„Woher wird Ihr das, Mutter?“

„Woher wird Ihr das, Mutter?“

„Woher wird Ihr das, Mutter?“

(Fortsetzung folgt.)

Feinschmecker



rauchen nach wie vor
SALEM
ALEIKUM
GOLD
ZIGARETTEN

Willkommene
Geschenke für Damen
und Herren!

Wirtschaftliche Übersicht.

Staatsbetrieb und Privatbetrieb.

„Vernichtender Wettbewerb der Deutschen Werke“.

Warum soll die Reichseisenbahn entstaatlicht und in Privatbetrieb überführt werden? Weil sie nach Meinung der Unternehmer nur rentabel arbeiten kann als privatkapitalistischer Betrieb. Nun haben allerdings auch Privatunternehmer noch keine Gelegenheit gehabt zu zeigen, daß sie den Eisenbahnbetrieb billiger führen können als der Staat — womit die Mängel der Verwaltung von heute freilich nicht entschuldigt sind. Wohl aber arbeiten die französischen privaten Eisenbahngesellschaften mit einem Defizit, das noch größer ist als das deutsche.

Andererseits arbeiten die „Deutschen Werke“, ein staatlicher Betrieb, besser gesagt: ein industrielles Unternehmen, dessen alleiniger Aktionär das Reich ist, derartig billig, daß das Privatkapital in größte Unruhe versetzt ist.

Das „Deutsche Tageblatt“, Organ von Reinhold Wulle, teilt in fetten Buchstaben zu dieser Schreckensnachricht einige Ziffernbelege mit. So haben z. B. für Tischlerarbeiten die Deutschen Werke 144 000 Mark auf eine Anfrage hin verlangt, die Forderungen der Privatunternehmer bewegen sich dagegen zwischen 276 000 und 307 000 Mark. Bei Schlosserarbeiten forderten die Deutschen Werke 27 000 Mark, die Privatunternehmer zwischen 45 000 und 52 000 Mark. Auch das „Deutsche Tageblatt“ muß konstatieren, daß trotz dieses Unterschiedes die Löhne und Gehälter in diesem Staatsbetrieb nicht niedriger sind als bei den Privatunternehmern.

Was tun? Sollen etwa die Privatunternehmer versuchen, in technischer und organisatorischer Beziehung den Betrieb der Deutschen Werke nachzuahmen? Im Gegenteil. Das „Deutsche Tageblatt“ schreibt:

„Es tut not, sich mit diesem Fall sofort eingehend zu beschäftigen, da es sich hier um einen bedeutenden, auf die Dauer vernichtenden Eingriff eines Reichsbetriebes in den Erwerb des deutschen Handwerks handelt. Trifft es zu, daß bei Berechnung aller im freien Handel anzuschlagenden Kosten die Deutschen Werke nahezu 100 Prozent billiger liefern können als die leistungsfähigsten Betriebe des deutschen Handwerks, so wäre eine Sozialisierung des Handwerks die unausbleibliche Folge.“

Das „Deutsche Tageblatt“ schützt den Erwerb des deutschen Handwerks vor und meint selbstverständlich den Profit der Großindustriellen. Das „Deutsche Tageblatt“ fordert „schleunigst einen Untersuchungsausschuß zusammenzusetzen mit der Aufgabe, dem vernichtenden Wettbewerb der Deutschen Werke unverzüglich Einhalt zu gebieten“.

Von der Ausbeutungsfrent.

Hannoversche Maschinenbau A.-G. Die Gesellschaft verteilt eine Dividende von 36 Prozent (gegen 30 Prozent im Vorjahre). Der Köder an die Arbeiterklasse besteht in 5 Millionen Mark für Wohlfahrts-einrichtungen.

Die Rheinischen Nadelabriken A.-G. in Aachen zahlen dieses Jahr „nur“ 20 Prozent Dividende aus, bieten aber dafür den Aktionären für je eine alte Aktie eine neue zum lächerlichen Kurs von 100 Prozent, die schon ab 1. Juli 1921 dividendenberechtigt. Dadurch wird nur bezweckt, den Aktionären auf verschämte Weise ein namhaftes Geschenk zu machen.

Die Böttcherwerke A.-G. in Sandbach können mit Stolz auf ein Rekordjahr zurückblicken: Es werden 50 Prozent Dividende aus 30 Prozent „Sonderauschüttung“ verteilt. In echtes Deutsch übersetzt bedeutet dies, daß die Aktionäre auf je eingezahlte 1000 M. in einem einzigen Jahre 800 M. Profit einstreichen!! Der gute Geschäftsgang soll weiter anhalten.

Die Wandermotoren A.-G. müssen sich diesmal mit einer schäbigen Dividende von 45 Prozent (gegen 35 Prozent im Vorjahre) begnügen.

Die Stettiner Vergasloß-Bräuerei A.-G. zahlt 16 2/3 Prozent Dividende und zehn Prozent Vergütung, im Vorjahre also 26 2/3 Prozent.

Proletarische Einheitsfront in Berlin.

1000 Betriebsräte aller Parteien für gemeinsamen Kampf.

Die von den Berliner Betriebsräten gewählte Sechserkommission, die aus Mitgliedern aller drei sozialistischen Parteien zusammengesetzt ist, hatte abermals die Berliner Betriebsräte zu einer Vollversammlung zusammengerufen. Der „Vorwärts“ hatte seine Parteigenossen angerufen, nicht zu der Versammlung zu erscheinen. Die „Freiheit“ hatte den Aufruf der Sechserkommission sabotiert. Die Berliner Betriebsräte bewiesen aber, daß ihnen der Kampf um die Herstellung der proletarischen Einheitsfront höher steht, als die parteigegensätzliche Ziele der SPD. und der Rechts-NSP.-Führer. Über tausend Betriebsräte, Angehörige aller drei Parteien, waren erschienen. Der Wille zur Einheit in den Arbeitermassen hatte über die Zerpfitterungsversuche der Führer geiegt.

Das Mitglied der Sechserkommission Schmidt (NSP.) eröffnete um 5.30 Uhr die Versammlung. Er teilt mit, daß von der Sechserkommission der NSP., die Berliner Gewerkschaftskommission, die Berliner Betriebsrätezentrale und Vertreter der drei sozialistischen Zeitungen zu der heutigen Versammlung geladen worden seien. Soweit er bis jetzt festgestellt habe, sei von den Gewerkschaftsinstanzen niemand, von der Presse nur ein Vertreter der „Roten Fahne“ erschienen. (Ein Berichterstatter des „Vorwärts“ kam gegen Schluß der Versammlung.) Der Versammlungsleiter erteilt nunmehr dem Kommissionsvorsitzenden Nelech das Wort zu seinem

Bericht der Sechserkommission.

Nelech erinnert eingangs seines Referats an die katastrophale Erregung, die anlässlich des Lichtenburger Hungerstreiks und der unverkämpften Forderungen des Kapitals Mitte November durch die deutsche Arbeitererschaft ging. Wie aus dieser spontanen Erregung die Betriebsräteversammlung in den Sophienparks entstand und wie als deren Ergebnis die Sechserkommission gewählt wurde. Der Sechserkommission, die den Auftrag bekam, bei den maßgebenden Instanzen auf die schnellste Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses zu dringen, widrigenfalls diesen selbst einzuberufen. Außerdem hatte die Kommission den Auftrag, die Herstellung der proletarischen Einheitsfront in jeder Hinsicht zu fördern. Bedauerlicherweise wurde die Kommission die sofort an die ihr übertragene Arbeit ging, von gewissen Stellen geheimni, offen sabotiert, ja sogar in der gemeinsten Weise verächtigt. Man hat die Kommission als eine parteigegensätzliche, kommunistische Wache hingestellt. Dazu muß ich offiziell und mit allem Nachdruck folgendes erklären.

Ich gehöre der NSP. an und bin mit der ehrlichen Absicht in die Kommission gegangen, die einheitliche proletarische Kampffront herzustellen. Wenn ich gemerkt hätte, daß die Kommission von irgend einer Seite zu parteipolitischen Zwecken ausgehört worden wäre, dann hätte ich sofort meinen Posten niedergelegt. Aber ich stelle fest, daß zu jeder Zeit die Tätigkeit der Kommission nur auf die Herstellung der Einheitsfront und auf die baldige Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses gerichtet war. Sämtliche Beschlüsse wurden in der Kommission einstimmig gefaßt. Bei der bekannten politischen Zusammenkunft ein Beweis, daß keiner Partei zuliebe, sondern nur den allgemeinen proletarischen Interessen zuliebe gehandelt wurde.

Ich bedauere, daß die „Freiheit“ die Antwort der Kommission an den NSP. nicht veröffentlicht hat, wie ich überhaupt ihr Verhalten sehr eigenartig finde, zumal doch bekannt ist, daß namhafte Parteimitglieder in den Sophienparks mit der Wahl der Sechserkommission und ihrer ganzen Tendenz ausdrücklich einverstanden waren. Daß aber nicht nur die unabhängige Arbeitererschaft, sondern der größte Teil der SPD-Arbeiter mit dem Geist der Versammlung in den Sophienparks und der Wahl der Kommission einverstanden waren, bewies ihre Begeisterung, den Saal zu verlassen, trotz Aufforderung ihres Gen. Barth. Die Arbeiter sind sich also in ihrer großen Masse einig. Es sind nur bestimmte Stellen, die den eigenen Willen der Arbeiter unterdrücken und die Betriebsräte zu Anhängeln der Gewerkschaften machen wollen. Diese müssen sich aber eine bestimmte Selbständigkeit bewahren, sie stehen unmittelbar mit der Arbeitererschaft in Verbindung und wenn die Forderungen der Gewerkschaften einen Sinn haben und wirklich ernstlich deren Erfüllung angestrebt werden soll, dann sind die Betriebsräte die berufenen Organe, diesen Kampf einzuleiten und durchzuführen. Der Redner schildert nun die mit dem NSP. gepflogenen Verhandlungen, wie man dort mit allerlei Ausreden der Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses aus dem Wege ging, unter anderem auch mit dem Argument, er würde zu viel Geld kosten. Die offizielle Antwort des NSP. ist dann einige Tage später bei uns eingelaufen und wurde, wie bekannt, in der gesamten Presse veröffentlicht.

Wir gingen dann zur Betriebsrätezentrale, um sie wenigstens zu veranlassen, eine Betriebsrätevollversammlung einzuberufen, damit wir dort unseren Bericht erstatten und weitere Beschlüsse fassen konnten. Die Betriebsrätezentrale hat dies leider abgelehnt und so waren wir gezwungen, die Versammlung selbst einzuberufen. Daß trotz der Sabotage von den einflussreichen Kreisen

die Versammlung derartig gut besucht ist.

zeigt, daß in der Arbeitererschaft der unbedingte Wille vorhanden ist, trotz aller Widerstände gemeinsam zu handeln, und geschlossen den Kampf aufzunehmen gegen die drohenden Gefahren.

Wir sehen es bei den Steuerbeschlüssen des Reichstags, bei den vielen zurzeit gepflogenen Verhandlungen, überall wird der Arbeitererschaft das Fell über die Ohren gezogen. Es ist höchste Zeit, daß die gesamte Arbeitererschaft den Herrschenden ein:

Wts hierher und nicht weiter

zuruft, sie kann nicht Schindluder mit sich treiben lassen. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion führt das Kommissionsmitglied Ely (SPD.) aus: Ich bin nicht ein Mann, von langen Reden, sondern liebe die Tat. Ich bin nicht als Mitglied der SPD. in der Kommission, sondern als Betriebsrat und deshalb damit den Zweck, die Einheitsfront des Proletariats zu fördern. Das kann nicht aber nicht abhalten, an der Stellungnahme meiner Partei und des „Vorwärts“ hier Kritik zu üben. Die heutige Kritik im „Vorwärts“ zeigt, wie weit es die Führer gebracht haben. Sie sind angeblich gegen die Diktatur, üben aber selbst die größte Diktatur aus, indem sie ihren eigenen Genossen verbieten, eine Versammlung zu besuchen, die doch nur im Interesse der ge-

Auch eine Brauerei, die Gbischloß-Brauerei A.-G., kann sich über ihr Resultat nicht beklagen, verdoppelt sie doch beinahe ihre Dividende: von 12 Prozent voriges Jahr auf 22 Prozent.

Ein paar kurze willkürlich herausgegriffene Beispiele nur. Aber sie sind lehrreich. Trotz Not und Elend, trotz Zusammenbruch und Reparationsgeheiß, schreitet die Profitmacherei einseitigen lustig fort. Für die Arbeiter kommt dabei nichts heraus. Sie werden unter der „Klassenkämpferischen“ Leitung der Gewerkschaftsbürokratie an den Karren gespannt und haben zu schweigen.

jamten Arbeitererschaft liegt. Die Gewerkschaftsinstanzen haben zu wenig Fühlung mit der breiten Masse, deshalb ist ihre Tattit auch den Einigungsbestrebungen der Arbeitererschaft direkt zuwiderlaufend.

Streben Sie in den Betrieben dahin, daß die Parteipolitik ausgeschaltet und nur das proletarische Interesse in den Vordergrund gerückt wird. Dann wird es auch gelingen, die Gewerkschaftsleitungen zu zwingen, sich in den Dienst unserer guten Sache zu stellen. (Lebhafte Beifall.)

Folgende Anträge und Resolutionen wurden einstimmig angenommen:

Resolution.

Die am 22. Dezember 1921 in Kienms Festfäden versammelten Betriebsräte von Groß-Berlin richten an den NSP. und an die gesamte Arbeitererschaft Deutschlands den folgenden Aufruf: Die wachsende Leuerung, die dauernde Geldentwertung, die drohenden Steuerlasten, die Angriffe auf die Arbeitszeit, dazu die Angriffe des Stinnes und seiner Leute auf die politischen Erwerbschaften der Arbeiter, die Verdrängungen der deutschen Kapitalisten, mit den ausländischen zusammen die Arbeitererschaft auszubeuten und auszuplündern, zwingen die Arbeiter, sich schnell und entschlossen, unter Vereitigung aller Nichtgenossenschaftlichen zusammenzuschließen.

Der vom NSP. vorgeschlagene Plan, der im wesentlichen auf die Erfassung der Sachwerte hinausläuft, wird zwar sicher nicht eine Befreiung der Arbeiter bringen, ist aber geeignet, die Arbeiter im Kampfe gegen das Kapital zusammenzuschließen und ihnen gewisse Erleichterungen ihres sonst unerträglich werdenden Daseins zu verschaffen.

Aber dieser Plan steht vorläufig nur auf dem Papier.

Die Berliner Betriebsräte fordern deshalb den NSP. auf, die ersten Schritte zur Einleitung dieses Kampfes wie folgt einzuleiten und richtet an alle Arbeiter den Appell, die Arbeiterorganisationen zu diesen Schritten zu veranlassen.

1. Schnellige Gesetzesvorlage von Seiten der in der Regierung sitzenden Vertreter des NSP. und der SPD., die die Erfassung der Gold- und Sachwerte festlegt.

2. Im Falle der Nichtannahme des Gesetzes: Auflösung des Reichstages und Neuwahl unter der Parole: Alle Lasten auf die Reichen!

3. Abbruch aller Verhandlungen mit der Großindustrie um ein Darlehen.

4. Ablehnung jeder Stinneskoalition, auch in Preußen, da eine solche nur zum Nutzen des Kapitals dient.

5. Kontrolle der Preisbildung im Betriebe durch die Betriebsräte, auf dem allgemeinen Markt durch die Organe der Arbeitererschaft.

Darüber hinaus aber müssen der NSP., die Afa und die politischen Parteien noch sofort weitere Schritte unternehmen:

a) Sie müssen die sozialistischen Regierungen (Sachsen, Thüringen, Braunschweig) anfordern, sofort alle Schritte zu unternehmen, die im Rahmen der den Ländern zustehenden Befugnisse eine Hebung der Lebenshaltung der Arbeitererschaft ermöglichen, wie sofortige Einziehung ausstehender Steuern bei steuerreichen Kapitalisten, strikter Schutz der Arbeitszeitgesetze, Zuschüsse an Gemeinden mit Arbeiterbevölkerung u. a.

b) Sie müssen alle Arbeiter mobilisieren für die in weiten Kreisen der Arbeitererschaft lebendigen Forderungen der

Freilassung politischer Gefangener.

Die Vollversammlung beauftragt die Sechserkommission, in der Delegierten-Generalversammlung der Berliner Betriebsräte am 4. Januar 1922 von ihrer Tätigkeit Bericht zu erstatten. Die dort vertretenen Delegierten werden ersucht, die Sechserkommission in der betreffenden Generalversammlung auf alle Fälle zuzustimmen und anzuhören.

Weiterhin betrachte die Versammlung den Fortbestand der Sechserkommission als notwendiges Bindeglied der die Einheitsfront erstrebenden Arbeiter zwischen den Organisationen und den politischen Parteien.

Für die Befreiung der spanischen Genossen.

Die Berliner Betriebsräte vernehmen mit Entrüstung, daß die deutsche Regierung die spanischen Revolutionäre, die ohne eine Spur von Beweis des politischen Mordes an dem reaktionären Minister Dato angeklagt sind, ausliefern will.

Die Betriebsräte fordern die Arbeiterparteien auf, diesen Schritt zu durchkreuzen. Sie sprechen dem Justizminister Kadobruch das Recht ab, sich Arbeitervertreter zu nennen, weil er die Kappisten frei umherlaufen läßt oder durch eine komödiantische Gerichtsspiße zu bequemen Ehrenstrafen verurteilen läßt, während revolutionäre Proletarier dem weißen Schreden ausgeliefert werden oder hinter Zuchthausmauern schmachten.

Sie fordern die unverzügliche Freilassung aller politischen Gefangenen aus den Reihen der revolutionären Arbeiter und verlangen weiter, daß die Arbeiterorganisationen ihre ganze Kraft einsetzen, um die Schande der Auslieferung der spanischen Genossen nicht noch den Deutschen Arbeitern anzutun.

Antrag.

Die Betriebsrätevollversammlung nimmt von den Forderungen, die die Arbeitslosen an den Magistrat und an die Regierung gestellt haben, Kenntnis.

Einmalige Beihilfe von 1000 M. für jeden Arbeitslosen, weitere 200 M. für die Frau und je 100 M. für jedes Kind sowie eine 100 prozentige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Die Versammlung anerkennt, daß diese Forderungen in der ungeheuren Leuerung ihre volle Begründung finden. Sie verlangt von den in Frage kommenden Stellen die schnelle Erfüllung dieser Forderungen.

Des weiteren wurde beschlossen, die Kommission weiter bestehen zu lassen.

Die Berliner Betriebsräte haben den Weg gezeigt, die aus der Zerpfitterung resultierende Schwäche der proletarischen Klasse zu überwinden. Die Arbeitererschaft ganz Deutschlands muß ihrem Beispiel folgen.

Das ist die Parole für die gesamte Arbeitererschaft:

Stellt die Einheitsfront her, trotz aller Führerhegel!

Konterrevolution.

Neue Morde der italienischen Weisgardisten.

Aus Turin wird gemeldet: Die Faschisten machen sich wieder bemerkbar. In Cremona erschlugen sie den Kommuneangestellten Bolbori, worauf die Arbeitererschaft dieser Stadt in den Generalfreil trat. Die Diktatur überfallen, die zwei Arbeiter tötete und viele verletzete. — Die Rgl. italienischen Gendarmen stehen aber an Moralität den Weisgardisten nicht nach. So erschossen in einem kleinen Dorf bei Florenz die Gendarmen einen Arbeiter von 60 Jahren und einen von 63 Jahren ohne nennenswerten Grund.

Kolales.

Welche Ansprüche verfahren am 31. Dezember 1921?

1. Es verfahren am 31. Dezember 1921 alle Ansprüche der Kaufleute, Fabrikanten, Handwerker, Landwirte, Speditoren, Schiffe, Gastwirte usw. für Lieferungen und Leistungen des täglichen Lebens, die im Jahre 1921 entstanden sind. Also: Lieferungen von Waren, Reparaturen, Ausbesserungen, schuldbig gebliebene Stokenanträge, überhaupt jede Leistung, die gegen Entgelt erfolgte usw.; ferner verfahren die aus derselben Zeit stammenden rückständigen Gehälter und Löhne der Angestellten, Arbeiter usw., die Forderungen der Ärzte, Hebammen, der Schreiner wegen der im Verhauverträge vereinbarten Leistungen und befristeten Auslagen, die Forderungen der Rechtsanwältin und Notare für deren Gebühren und Auslagen (soweit diese nicht zur Staatskasse fließen), die Zeugnis- und Sachverständigengebühren, die Forderungen der Lehrer und der öffentlichen Anstalten für Unterricht, Erziehung und so weiter.

2. Es verfahren am 31. Dezember 1921 alle Leistungen, die für den Gewerbebetrieb des Schuldners im Jahre 1921 entstanden sind (also Lieferungen von Waren des Lieferanten an den Detailkäufer oder Gewerbetreibenden zum Zwecke des Weiterverkaufs), ferner Zinsforderungen mit Einschluß der als Zahlung zu den Zinsen zum Zwecke allmählicher Tilgung des Kapitals zu entrichtenden Beträge, alle andere handig wiederkehrenden Leistungen (Unterhaltungsanträge, Pacht- und Mietzahlungen (doch sind unter Mietforderungen nicht solche über bewegliche Sachen, die gewerbsmäßig vermietet werden, zu verstehen; diese fallen unter die in 1. gemachten Angaben.)

Alle diese Forderungen müssen bis zum 31. Dezember 1921 bei dem Gericht entweder durch Klage oder Zahlungsbeehl geltend gemacht werden. Es genügt, wenn der Antrag bis zu diesem Tage beim Gericht einläuft; hierdurch wird die Verjährung unterbrochen (§ 623, 3 B.G.B.).

Auf der Antrag bei Gericht geltend gemacht werden, so ist der Antrag um einen Zahlungsbeehl vorzuziehen, weil das Mahnverfahren billiger ist als das Prozeßverfahren.

Ansprüche gegen die Eisenbahn wegen Schadenersatz verfahren in einem Jahr. Die Verjährung beginnt mit dem Tage, an dem abgeliefert worden ist, oder abgeliefert hätte werden müssen. Erfolgte bereits schriftliche Anmeldung bei der Güterstelle, so ist die Verjährung gehemmt und sie läuft von dem Tage ab weiter auf ein Jahr, an welchem ein abschließender Bescheid erfolgte. Ansprüche gegen die Post verfahren innerhalb 6 Monaten seit der Einlieferung der betreffenden Sendung. Die Verjährung wird durch Reklamation oder Klage unterbrochen. Ergeht auf die Reklamation ein abschließender Bescheid, so beginnt vom Tage des Empfangs desselben eine neue Verjährung, die aber durch eine etwa weiter erfolgte Reklamation nicht unterbrochen wird. Der letzte Tag gilt auch für Forderungen gegen die Eisenbahn.

Breslau.

Die nächste Nachtstunde für Sowjetrußland findet am 3. Jan. 1922, nachmittags von 5-9 Uhr, im Parteibüro, Nikolaitr. 49/50, statt. Es ist Pflicht aller Genossinnen, zu erscheinen.

Das Hilfskomitee.

Neujahrseinrichtungen der Post in Breslau.

Neujahrseinrichtungen der Post in Breslau. Am 1. Januar finden die Briefbestellungen soweit möglich wie werktags statt. Die Geld- und die Paketbestellungen ruhen an diesem Tage.

Landesrat.

Proletarierleben sind wohlfeil.

Am Christabend wurde in der Bahnhofstraße ein Genosse von einem unbekanntem Lurusauto überfahren. Das Auto war in voller Fahrt, ohne Warnungssignale, durch die Stadt in Richtung Schmiebeberg, sodass die Nummer bisher nicht ermittelt werden konnte. Der Genosse wurde am Bein erheblich

verletzt. Es ist nicht genug, daß diese Wucher- und Schiebergesellschaft die Arbeiter bis aufs Blut ausraubt, sie fährt ihnen auch noch auf ihren Schlemmerfahrten die Knochen entzwei. Gütliche Weltordnung!

Mattensberg.

Arbeiter-solidarität.

Genosse Rich. Jochmann sagt allen Genossen von der K.P.D. sowie vom Arbeiter-Turnverein den herzlichsten Dank für die ihm überwiesene Weihnachtsspende.

Stadelwitz.

Proletariats Ende.

Am 21. Dezember fand unser Genosse Eichelmann im Kampf ums Dasein seinen Tod. Beim Tragen einer 2 Zentner schweren Eisenplatte kam er ins Stolpern und wurde durch die schwere Platte zu Boden gedrückt und erschlagen. Er war sofort tot. Der Genosse war erst 30 Jahre alt und hinterläßt eine Frau mit 2 Kindern. Er wurde von uns am Sonntag, den 25. Dezember, zur letzten Ruhe getragen. Die Beerdigung fand unter starker Beteiligung nicht nur von unserer Partei, sondern der ganzen Bevölkerung statt. Seine große Bekanntheit rührt nicht zuletzt daher, daß er als Genosse voll seine Pflicht erfüllt und ein treuer Kämpfer der kommunistischen Idee war. Vier Kränze mit roten Schleifen schmückten den Zug, welche ihm von seinen Kollegen der Firma Casar-Wollheim, der Ortsgruppe der K.P.D. Stadelwitz, des Fabrikarbeiterverbandes und dem Radfahrerverein gewidmet wurden. Am Grab sang der Gesangsverein ihm ein Lebewohl. Allen denjenigen, welche die Frau unseres Genossen in dieser schweren Schicksalsstunde unterstützt haben, sei hiermit gedankt.

An unsere Organisationen.

Zum dritten Male jähret sich der Tag, an dem neben vielen andern Genossen die beiden Führer der kommunistischen Bewegung, die Genossin Rosa Luxemburg und der Genosse Karl Liebknecht von den Weißgardisten ermordet wurden.

Wir ersuchen die Leitungen unserer Ortsvereine, am 15. Januar 1922 öffentliche Gedächtnis Kundgebungen abzuhalten, in denen auf die revolutionären Kämpfe seit dem November 1918 Bezug genommen und die Arbeiterschaft zur Vereinigung in einer revolutionären Kampffront aufgefordert wird.

Um diese Kundgebungen einheitlich und wichtig zu gestalten, empfehlen sich gemeinsame Veranstaltungen unserer Ortsvereine mit kommunistischen Jugend- und sonstigen mit uns sympathisierenden Organisationen.

Die Bezirksleitung K.P.D. Schlefien.

Versammlungs-Kalender.

K.P.D. Breslau. Samstag, den 29. Dezember, abends 7 Uhr, im Parteibüro: Funktionär-Versammlung. Alle Parteifunktionäre und Gewerkschaftsfunktionäre müssen unbedingt zu dieser Sitzung erscheinen. Mitgliedsbuch ist Ausweis.

Freitag, den 30. Dezember, finden die Bezirksversammlungen statt.

Gebt für die „Rote Hilfe“.

Eingefandt.

In der am 11. Dezember stattgefundenen Versammlung des Reichsbundes der Kriegsoffiziere erklärte der Gauleiter Bogel (K.P.D. Mann): Der Internationale Bund der Kriegsoffiziere ist mit dem Deutschen Offiziersbund in einer Arbeitsgemeinschaft. Wer es nicht glauben will, der erkundige sich beim Vorsitzenden. Wir erklären hierzu folgendes: Die Behauptung Bogels ist unrichtig. Es fanden zwei unverbundene Verhandlungen des Deutschen Offiziersbundes statt zwecks Gründung einer Arbeitsgemeinschaft, zu denen auch der Offiziersbund einen Vertreter entsandt hatte. Von vornherein betonte der Offiziersbund seinen Unterschied zwischen ihm und den sogenannten „neutralen“ Organisationen, zu denen auch der Reichsbund gehören will, besonders aber dem D.O.B. Kamerad Volkmer vom Offiziersbund muß dies bekräftigen. Nach langem Hin und Her schlug die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsoffiziere eine lose Fühlungnahme der einzelnen Organisationen vor. Die Vorbereitung hierzu sollte in einer Kommission der Verbände übernehme. Die Stellung des Reichsbundes war folgende: Wir sind dazu bereit, wenn es gilt die Interessen der Kriegsoffiziere wahrzunehmen in Bezug auf Winterbeihilfe, Teuerungszulage, Reform des Reichsversorgungsgesetzes, Demonstrationen usw. Wenn wir dies taten, so verfolgten wir unseren Zweck, den wir den Führern des Reichsbundes natürlich nicht auf die Nase binden wollten. Ohne unser Programm zu verkleinern, könnten wir dies mit ruhigem Gewissen tun, denn die Spitzen der im Reichsanschluß anerkannten Organisationen bildeten bei den letzten Kämpfen um die Teuerungszulage eine Einheitsfront der Regierung gegenüber, und jede Organisation blieb dabei ihrem Programm treu. Wenn Herr Bogel die Versammlung weismachen wollte, wir hätten uns mit der D.O.B. verbrüder, so raten wir ihm, sich lieber in seinem Gau umzusehen, wo ein Ortsgruppenführer zu seinen Mitgliedern sagte: Wir (der Reichsbund) müssen unsere Kinder in patriotischer Sinne erziehen. Da ist es doch eher der Fall, daß viele Reichsbundangehörige dafür zu haben sind, sich mit der Offizierskassette zu verbrüder. Das läßt auch den Schluss zu, daß die größte Kriegsoffiziersorganisation der Welt sich innerlich über ihren eigenen Zweck nicht klar ist. Jede Ortsgruppe des Reichsbundes scheint nach ihrem eigenen Ermessen zu handeln, wenigstens in Breslau ist dies der Fall. Die Bundesleitungen der Verbände waren nie einig, im Herbst gemeinsam zu demonstrieren, doch Breslau jagt ab und handelt im Widerspruch zu ihrer Spitze. Der Reichsbund ist immer für eine Einigung der linksorientierten Kriegsoffiziere. Den Reichsbundmitgliedern sagen wir auch, daß eure Organisation auf dem 2. Kongreß der Kriegsoffiziersinternationale in Wien diesen Herbst vertreten war (Marofe, Bändner). Eure Führer scheinen Euch das nicht zu sagen. Wenn die Zirkus-Busch-Versammlung, zu der ja meistens die Schwerbeschädigten eingeladen waren, von nur 300 Personen der 12000 Mann starken Ortsgruppe besucht war, so scheint es uns, daß den Mitgliedern an ihrer Organisation etwas nicht gefällt.

Internat. Bund d. Kriegsoffiziere, Ortsgruppe Breslau

Der Magistrat gibt im Inzeratenteil bekannt, daß die Vorbrude zur Abgabe der Umsatzsteuererklärung vom 10. Januar 1922 ab im Umsatzsteueramt, Königplatz 2, abzuholen sind, falls die Zustellung nicht erfolgt.

Wiederverkäuferbescheinigungen verlieren, wie der Magistrat in dieser Nummer bekannt gibt, am 31. Dezember ihre Gültigkeit. Zwecks Erneuerung derselben verweisen wir auf das Inzerat.

Verantwortl. Redakt.: Erich Gentsch; Inzerate: Mag. J. G. o. h. e. r. Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlefien, e.S.m.b.H. Druck: Püffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Zeltgarten

Täglich 7 1/2 Uhr
Das glänzende
Variété-Programm

Achtung! Wo?
kauft man neue und gebrauchte MOBEL sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorzüglichsten?
Bei H. Kluge
Kamarkt 12, 1. u. 2. Dg.

Zahl für alle
Altmetalle
höchsten Preis.
Otto, Lebknechtstr. 3.

Genossen!
kauft nur bei unseren Inzerenten.

Was klassenbewußte Proletarier lesen müssen!

Karl Liebknecht

Reden und Aufsätze
374 Seiten. Preis: Kartiert 29.— Mk. (für Organisationen 15.— Mk.) in Leinen 30.— Mk.

L. Trotzki

Die neue Etappe
Die Weltlage und unsere Aufgaben
167 Seiten. Preis: 250 Mk., geb. 6.— Mk.

G. Sinowjew

Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale
114 Seiten. Preis: 150 Mk., geb. 6.— Mk.

Karl Radek

Der Weg der Kommunistischen Internationale
86 Seiten. Preis: 150 Mk., geb. 6.— Mk.

Thesen und Resolutionen des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale
191 Seiten. Preis: 250 Mk., geb. 7.— Mk.

M. Tomski

Abhandlungen über d. Gewerkschaftsbewegung in Rußland
64 Seiten. Preis: 2.— Mk., geb. 6.— Mk.

Dr. Ergen Pawlowski

Der Bankrott Deutschlands
189 Seiten. Preis: 250 Mk., geb. 6.— Mk.

E. Varga

Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft
64 Seiten. Preis: 150 Mk.

Steuerfrage und Steuerpolitik
24 Seiten. Preis 30 Pfg.

Zum Jahrestag der proletarischen Revolution in Rußland 1917-1921
74 Seiten. Preis 2.— Mk.

Zu beziehen durch

Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11
sowie durch sämtl. Buchhandlungen und Organisationen der K. P. D.

Einmal gedruckte Publikation von
Wittgendorf und Umgegend
zur geistl. Kommunikation, daß ich den Göttern
Berichtstretscham in Wittgendorf
mit dem heutigen Tage übergeben habe und mit dem meinen Vorgänger geschickter Vertrauen auch auf mich übertragen zu werden
Es wird nach möglichem Bestreben sein, die mit beizubehaltenen Gütern durch gute Speisen und Getränke zufriedenzustellen.
• Gut gekochte Zimmer.
• Gutes sanitäres Überholzeug.
Um gültige Überholzeug bitten, zeichnet
Geschäftsführer **Walter Hein.**

Wandkalender
der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung“
für das Jahr 1922
mit Verzeichnis aller wichtigen Ereignisse nach der November-Revolution
auf extraktierten Karton gedruckt (zum Aufhängen)
Preis **Mk. 1.—**
Zu beziehen durch den Verlag der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“, Breslau, Nikolaitr. 49/50

Spezialapparate
Gehobener Preis für beste Ausführung, vorrätig.
Reparatur schnell und billig.
Echtheitsnachweis und abgegebene Platten werden geliebt.
Wiener & Futter
Breslau 1, Schmiedebühl 18.
Zurücknahme von Bescheinigungen für das Kalenderjahr 1921 vollendet mit dem 31. Dez. 1921 ihre Gültigkeit. Neue Bescheinigungen für das Jahr 1922 werden im Umsatzsteueramt, Königplatz 1, Erbgäßchen, Zimmer 2, nachmittags von 8-1 Uhr abgegeben gegen Abgabe der alten Bescheinigungen. Bescheinigungen durch die Post erfolgen nicht.

Abgabe der Umsatzsteuererklärung für das Kalenderjahr 1921.

Auf Grund des § 144 der Ausführungsverordnungen zum Umsatzsteuergesetz werden zur Entrichtung der Umsatzsteuer verpflichtete Personen, die eine selbständige gewerbliche oder berufliche Tätigkeit ausüben, die Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen im Staatsbezirk Breslau aufgeföhrt, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Kalenderjahr 1921 spätestens Ende Januar 1922 dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen.

Die Abgabe der Gewinnerzielung ist die Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebes im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Auch Angehörige freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Notare, Schriftsteller, Künstler usw.) sind steuerpflichtig.

Selbst kleinste Betriebe unterliegen dem Umsatzsteuer, da das Umsatzsteuergesetz vom 24. 12. 1919 eine Kriegserlasse nicht macht.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn u. s. w. soweit die Steuerpflichtigen zum Selbstgebrauch oder Verbrauch Gegenstände aus dem eigenen Betriebe entnehmen. Als Entgelt gilt im letzten Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt werden müßte.

Die Einreichung der Erklärung kann durch unbedingte zu wiederholende Ordnungsgeld bis zu je 500 Mk. erzwungen werden: Umwandlung in Haft ist zulässig.

Wer meint, zur Erfüllung der Aufstellungen nicht verpflichtet zu sein, hat die dem Umsatzsteueramt rechtzeitig unter Vorlegung der Gründe mitzuteilen (§ 202 des Reichsabgabenordnungsgesetzes).

Das Umsatzsteuergesetz bedroht demjenigen, der über den Betrag der Entgelte unrichtige Angaben macht und vorzüglich dem Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steueranteil erzieht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der Hinterzucht oder hinterzogenen Steuer und mit Gefängnis. Der Versuch ist strafbar. Die Nichterreichung einer Erklärung ist das Umsatzsteueramt neben der Festsetzung von Ordnungsgeldern bestraft, die Veranlagung auf Grund von Schätzungen vorzunehmen.

Bestraute werden, soweit es dem Amt möglich ist, durch die Post zugesandt werden. Die Steuerpflichtigen, die bis zum 10. Januar 1922 einen Bescheid zur Umsatzsteuererklärung nicht erhalten haben, werden hiermit aufgefordert, sich die notwendigen Bescheide im Umsatzsteueramt, Königplatz 2, Erbgäßchen, Zimmer 6, in der Zeit von 8-1 Uhr selbst abzuholen, wo auch Anträge erstellt werden. Vor dem 10. Januar 1922 werden Bescheide nicht abgegeben.
Breslau, den 22. Dezember 1921.
Umsatzsteueramt des Magistrats.

Heran an die Massen.

Der „Hamburger Volkszeitung“, Organ der KPD, entnehmen wir mit geringerer Abänderung folgenden Artikel:

R. B. Die Kommunistische Partei Deutschlands — von der Zentrale bis zum letzten Mitglied — steht jetzt in einer vielschichtigen Situation, vor der verantwortungsvollen Aufgabe, den Ruf „Heran an die Massen“ — in den der Dritte Weltkongress der KPD und der Jenaer Parteitag ausklangen — in Handlungen umzusetzen.

Wie ist die Situation? Der ADGB hat die bekannnten zehn Forderungen aufgestellt. Wir machten uns in unserer Presse, in den Betrieben, Versammlungen und überall zu den eifrigsten Propagandisten dieser zehn Forderungen, an sie anknüpfend betrieben wir unsere Agitation für die Erfassung der Sachwerte und sagten den Arbeitern, was das ist und was es nicht ist. Währenddem verhandelten die Gewerkschaftsführer in der Zentralarbeitsgemeinschaft mit Stimmes und den anderen Großindustriellen über die Durchführung des Gegenteils einer Erfassung der Sachwerte, über die Kreditation des Großkapitals, die zwangsläufig mit der vollständigen Auslieferung des Staates unter das Gebot des Großkapitals verbunden sein würde. Für die Erzwungung der Bewirklichung der aufgestellten zehn Forderungen geschah nichts. Aber auch die Massen kamen zu wenig, nur hier und da, in Bewegung. Zum Teil durch unsere eigene Schuld, denn niemand wird bestreiten können, daß die Agitation und das aktive Eingreifen für die zehn Forderungen des ADGB nicht in genügendem Maße und nicht überall geschah; niemand wird bestreiten können, daß in dieser wichtigen politischen Frage viele Funktionäre, viele Genossen nicht ihre volle Pflicht getan haben, daß sie nicht aktiv waren und ihre Kollegen mobilisiert haben.

Immerhin hatten die sozialdemokratischen Führer bis vor kurzem nicht gewagt, offen von der Forderung Erfassung der Sachwerte, wie sie vom ADGB aufgestellt wurde, abzurücken. Die Verhandlungen in der Zentralarbeitsgemeinschaft wurden vertraulich geführt und streng geheim gehalten. Jetzt ist das anders geworden. Das „Hamburger Echo“, ein führendes Blatt der äußersten Rechten in der SPD, schrieb am 9. Dezember folgendes: „Dem aufmerksamen Beobachter des Kampfes um die Erfassung der Sachwerte mußte es von vornherein klar sein, daß die Durchsetzung dieses Gedankens nicht gelingen würde... Die besitzenden Kreise haben... es fertig gebracht, daß die Beratungen des Antrages des Genossen Wiffell wegen Heranziehung der Sachwerte vom Reichswirtschaftsrat einstweilen zurückgestellt worden ist.“

Die äußerste Rechte in der SPD war „von vornherein“ der Auffassung, daß die Erfassung der Sachwerte nicht möglich sei, weil sie auf zu hartem Widerstand der Bourgeoisie stoßen würde und den Kampf gegen diesen Widerstand will sie nicht. Die Aeußerung des „Hamburger Echo“ zeigt, daß diese äußerste Rechte jetzt den Zeitpunkt für gekommen hält, in dem sie mit ihrer Auffassung offen hervortreten muß. Gleichzeitig hat Wels auf dem Berliner Bezirksparteitag der SPD eine Resolution eingebracht, in der gesagt wird: Wir fordern die sofortige Erfassung der Sachwerte auf dem von den hervorragenden Fachmännern der Industrie selbst gewiesenen Wege. Bekanntlich bezeichnen die „hervorragenden Fachmänner der Industrie“ das Kreditgeschäft mit dem Reiche und jede abwählbare Besitztümer als „Erfassung der Sachwerte“. In derselben Linie, dem Rückzug vor dem Großkapital, liegt die Stellungnahme des Gewerkschaftsvertreeters Tarnow im Reichswirtschaftsrat. Der erklärte dort, daß die Gewerkschaften der Industrie entgegen kämen und sich mit einer freiwilligen Aktion (der Kreditation der Industrie) statt des Zwanges der Sachwerteerfassung zufriedengeben würden.

Die Stunde des offenen Verrats der von den Führern des ADGB aufgestellten zehn Forderungen durch dieselben Führer des ADGB und der SPD hat also geschlagen. Auch jeder sozialdemokratische Arbeiter wird jetzt, wenn wir ihm diese Tatsachen vorhalten, klar erkennen, was die Glocke geschlagen hat.

Für die KPD bedeutet diese Lage der Dinge:

1. daß es höchste Zeit wird, in großzügiger Kampagne nun überall die Massen für den Kampf um die zehn Forderungen des ADGB zu mobilisieren, in dieser Beziehung Verjümmertes schnell nachzuholen, denn schon bald wird es zu spät sein;
2. daß es jetzt noch leichter wie bisher sein wird, auch den sozialdemokratischen Arbeitern klar zu machen, daß sie selbst handelnd eingreifen müssen, wenn die zehn Forderungen der Gewerkschaften in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollen.

Es gilt, überall zunächst die örtlichen gewerkschaftlichen und Parteinstanzen unter den Druck der Massen zu setzen. Zum Ziel muß sich dabei zunächst das Zustandekommen von Demonstrationen oder Demonstrationsversammlungen in breiter Front überall gesteckt werden, wie sie schon in Jena, Erfurt usw. stattgefunden haben. Wo die Bewegung schon weiter ist, muß eine Protestbewegung gegen die Haltung der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer einziehen.

Die Stellungnahme aller Arbeiter in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen muß überall die Grundlage der Bewegung sein. Dabei müssen es die kommunistischen Arbeiter sein, die am eifrigsten agitieren und sich aktiv einsetzen für die Bewirklichung der zehn Forderungen des ADGB.

Die Wege zur Schaffung einer organisatorischen Form...

schieden sein. In einigen Orten, in denen eine stärkere linke USP- oder SPD-Ortsgruppe besteht, wird es möglich sein, einen Aktionsausschuß der drei Parteien und des Gewerkschaftskartells zu bilden, wie er z. B. in Königsberg besteht. In einigen anderen Orten, in denen sich auch die sozialdemokratischen Betriebsräte noch frei gehalten haben von der volksparteiischen Einstellung sozialdemokratischer Führer, werden die Betriebsräte-Vollversammlungen wenigstens zunächst die Organisation sein können, die die wertvollsten Massen aufrufen und in breiter Front in Bewegung setzt.

In den meisten Orten aber müssen wir von vornherein damit rechnen, daß die Schaffung einer organisatorischen Form der kampfbereiten Einheitsfront nur über die Köpfe absolut burgfriedlicher sozialdemokratischer Partei- und Gewerkschaftsführer und der ebenso eingestellten Mehrheit der sozialdemokratischen Betriebsräte hinweg durch Delegation aus den Betrieben möglich ist. In diesen Orten muß die Initiative der Massen aus den Betrieben und Büros heraus natürlich am stärksten sein. Diese Initiative mußte sich aber trotzdem auch in diesen Orten zunächst darauf richten, die Gewerkschafts- und Parteiführer unter Druck zu setzen. Die Arbeiter und Angestellten müssen auch dort in den Betriebsversammlungen zuerst von den Gewerkschafts- und Parteiführern die Einleitung des Kampfes um die zehn Forderungen durch Demonstrationen oder Demonstrationsversammlungen fordern. Entsprechend dem besonderen Mißtrauen, daß die sozialdemokratischen Führer dort verdienen, müssen aber gleichzeitig Delegationen von drei bis fünf Mann (aller Parteirichtungen) gewählt werden, die den Auftrag bekommen, die Forderungen der Gewerkschaften den Gewerkschaften und Parteien zu überreichen und ihre Durchführung zu überwachen. Erst wenn in diesem Sinne in der großen Mehrheit der Betriebe Stellung genommen und Delegationen gewählt worden sind, und wenn dann die sozialdemokratischen Führer noch immer nichts tun oder gar gegen die Forderungen der Arbeiter und Angestellten auftreten, müssen die Delegationen aus den Betrieben zusammentreten und die Leitung der Bewegung selbst in die Hand nehmen.

Die Forderung der Berliner Sechser-Kommission — die aus Arbeitern aller drei Parteien besteht — an den ADGB, einen Reichsbetriebsrätekongress einzuberufen, der zur Steuerfrage usw. Stellung nehmen soll, muß selbstverständlich aus den Betrieben heraus daneben unterstützt werden. Aber wichtiger ist die Bewegung der Massen selbst, denn auch von einem Reichsbetriebsrätekongress ist nicht viel zu erwarten, am wenigsten dann, wenn die Massen schlafen.

Es liegt klar auf der Hand, daß alles das nur durchführbar ist bei einer bis zum äußersten angespannten Aktivität der gesamten Partei bis zum letzten tätigen Mitgliede. Aber ungeheuer ist die Verantwortung, die in dieser Situation auf jedem Revolutionär ruht. Von seiner Aktivität wird für die nächste Zukunft und darüber hinaus sehr viel abhängen. Und das gesteckte Ziel ist des edlen Schweißes wert. Darum auf, an die Arbeit!

An die Mitglieder der KPD.

Parteiernossen und -genossinnen!

Nach langen, schweren Kämpfen hat die Partei auf Grund des Dritten Weltkongresses eine Politik eingeschlagen, die ihr zunehmend das Vertrauen weiter Schichten des Proletariats erwarb und sie zu einem bestimmenden Faktor in der Weiterentwicklung der Arbeiterbewegung machen konnte. Satte der Parteitag in Jena nicht die volle Klarheit gebracht, so wamg die wirtschaftliche und politische Entwicklung Deutschlands und der Welt die Partei auf dem letzten Zentralauschuß, weitere Konsequenzen zu ziehen und Beschlüsse zu fassen, die der Partei den Weg öffneten, gemeinsam in einer Front mit den revolutionären Teilen der anderen Arbeiterparteien den verschärften Klassenkampf zu führen. Die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands kennzeichnete sich in den letzten Monaten durch rapide Entwertung der deutschen Währung und in deren Folge gewaltige Steigerung aller Lebensmittelpreise. Sie war weiter gekennzeichnet durch ein Erstarken des staatlichen Machtapparates sowohl als aller wirtschaftlichen Organisationen der Bourgeoisie und des Unternehmertums, die mit allen Mitteln verbündeten, daß das Proletariat seine eigene der verteuerten Lebenshaltung anpassen konnte.

Die Abwälzung der ungeheuren Steuerlasten auf die Schultern der Arbeiter- und Beamtenchaft hat begonnen und wird in den nächsten Wochen ins Maßlose gesteigert werden. In neuen großen wirtschaftlichen Maßstäben muß sich das Proletariat seine Existenzgrundlage sichern.

Wenn die Partei in diesen Kämpfen nicht ausgeschaltet, sondern in der Lage sein will, unseren Ideen Einfluß zu verschaffen, muß sie sich in diese Kampffront einliefern, um mit Träger der Kämpfe zu werden.

Die Beschlüsse des Zentralauschusses erdienen nach außen hin als ein deutliches Zeichen dafür, sie ermächtigen uns, die Arbeiterchaft erneut um das Banner des Klassenkampfes zu sammeln, mit neuem Mut zu beleben.

Parteiernossen und -genossinnen! Diese Politik soll wiederum der aller schwersten Erörterung ausgesetzt werden. Von neuem stützt man die Partei in eine schwere Krise, an deren Ende, wenn sie nicht schnell und reißlos beseitigt wird, der Zerfall stehen muß.

Die Mitgliedschaft darf aber nicht wieder, wie in früheren Krisen, im unklaren darüber gelassen werden, wozu der Kurs gesteuert werden soll.

Das Vertrauen der Arbeitermassen zu uns war Folge und Voraussetzung unseres Verhaltens.

Nach den Enttäuschungen über die Vorgänge während der Märzaktion war für die Partei der gefährlichste Moment, dieses widerrechtlich erhaltene Vertrauen, ohne daß keine Partei ihre Existenz bewahren kann, zu reifertigen und neu in den Herzen des revolutionären Proletariats zu verankern.

Es war der gefährlichste Moment gekommen, der gesamten Arbeiterchaft zu beweisen, daß die kommunistische Partei im Gegensatz zur Sozialdemokratie die Interessen der Arbeiter und der Partei über Personen und Führer stellt.

Hier hat die Mehrheit der Zentrale kläglich versagt. Ihre Pflicht wäre es gewesen, nicht einfache Arbeiter, die auf ihre Anweisungen gehandelt haben, als Pflaume und Phantome zu beschimpfen. Von den Führern erwarteten die Arbeiter, daß sie zu ihren Taten stehen und das auf sich nehmen, was sie selber verantworten haben. Der freiwillige Rücktritt der durch die

Enttäuschungen kompromittierten Genossen wäre die Lösung gewesen, die nach außen sichtbar jedem Arbeiter gezeigt hätte, daß die kommunistische Partei mit den Methoden der Provokation rücksichtslos und eudisziplinär gebrochen hat, daß sie die Arbeiterchaft zu Kämpfen aufruft, nicht, um ihr Parteiführer zu loden, sondern weil diese Kämpfe Lebensnotwendigkeit des gesamten Proletariats geworden sind. Die Parteiführung hat durch ihr Verhalten die wertvollsten Stunden verpöcht. Anstatt den Schlag der Sozialdemokratie zu parieren, indem sie offen demonstrierte für die Politik, die erst allein die Partei zu ihrer Gesundung führen kann, ließ man Unaufrichtigkeit und Unwahrheit liegen.

Auf Unwahrheiten mögen Sozialdemokraten ihre Partei aufbauen, die kommunistische Partei kann nur bestehen, wenn ihre Taktik und ihre Methoden klar und einwandfrei jedem Arbeiter sichtbar sind, wenn in ihr die Führer so gut zu ihren Handlungen stehen, wie jedes einfache Mitglied.

So zeigen sich fortlaufend noch die Folgen der falschen nachmärglichen rein disziplinären Einstellung. Die Zentrale ist auch heute noch die Gefangene dieses alten Feldwebelgeistes, der sie nicht den Mut aufbringen läßt, offen und frei mit Vergangenheit zu brechen.

Anstatt die selbstverständlichen personellen Folgerungen aus den Enttäuschungen über die Märzaktion zu ziehen, will die Zentrale den Kampf gegen die KPD aufnehmen. Ob die Zentrale will oder nicht, muß sie sich auf den linken Flügel stützen, auf jene Nicht-Führer, Maslow und Konsorten, die ganz offen gegen die Beschlüsse des Weltkongresses, gegen die Beschlüsse des Zentralauschusses agitieren. Die alte Vorankündigung, die Reinigungsmaßnahmen, werden wieder aufgenommen, welche die Partei zu einer einflusslosen Sekte machen.

Der Kampf gegen die KPD wird nicht nur gegen die Mitglieder der KPD, sondern auch gegen diejenigen Genossen in der Partei geführt, die in der Gewerkschaft arbeiten, die als Betriebsfunktionäre an vorderster Stelle unter den Massen stehen, die Genossen und nicht die Schreier und Krakeeler, die künstlich zusammengesetzte Funktionärversammlungen beherrschen, sie vertreten und verteidigen den kommunistischen Gedanken unter den Arbeitermassen. Nur auf diese Elemente kann die Partei sich stützen, wenn sie innerlich gesundet, wenn sie die vom Zentralauschuß beschlossene Politik ehrlich durchführt und dadurch zur wirklichen Führerin der Massen werden will, wie es die Beschlüsse des Weltkongresses von ihr verlangen.

Wir leben in der KPD keine dem Kommunismus feindliche Gruppe. Die kommunistische Partei, die tagaus, tagein den Arbeitermassen das hohe Ideal des Zusammenrückens predigt, muß wenigstens verstehen, die Elemente wieder für sich zu gewinnen, die aus Gründen einer hinter uns liegenden Vergangenheit sich von uns eine Teilhabe getrennt haben oder durch falsche organisatorische Maßnahmen von uns getrennt wurden, deren „menschenfeindliche“ Politik jetzt von der Partei durchgeführt und von maßgebenden Führern der kommunistischen Internationale als die einzig revolutionäre angepriesen wird.

Zusammenrücken aller Kommunisten ist die Voraussetzung für die Schaffung einer großen kommunistischen Massenpartei, ohne die die kommunistische Internationale niemals ihre geschichtliche Aufgabe der Befreiung des Proletariats erfüllen kann.

Der Kampf, der jetzt von neuem von außen in unsere Reihen getragen ist, der mit neuen Reinigungsmaßnahmen, Zerstückelungen beginnt, wird endlich mit der Zertrümmerung der deutschen Partei, wenn nicht die Mitglieder selbst endlich erwachen und diesem Treiben ein Ende machen.

Die Krise, die jetzt über unsere Partei hereinbricht, ist mit heraufbeschworen durch die unbedachten Einfälle, die einzelne Mitglieder der Exekutive unkontrollierbar und ohne Wissen der Mitgliedschaft auf die Entwicklung unserer Partei seit ihrem Bestehen ausübten. Es war kein Zufall, daß am Tage des Zentralauschusses in der Sitzung, der Zentrale der Rücktritt Frieslands von seinem Posten als Generalsekretär verlangt wurde. Niemals wird die deutsche Partei gefunden können, niemals werden sich verantwortlich denkende Genossen zur Leitung der Partei finden, wenn nicht die Mitglieder selbst diesen Machenschaften aufgeräumt wird. Es bedeutet eine heillose Kompromittierung der kommunistischen Internationale und des Gedankens der internationalen zentralen Leitung des revolutionären Proletariats, wenn die Methoden der Tendenzriechei, der Beschnüffelung der unkontrollierten Nebeneinflüsse und des unkontrollierten Eingreifens in die Angelegenheiten der deutschen Partei nicht rücksichtslos aufgedeckt und beseitigt werden.

Die Schaffung einer starken großen ideologisch einheitlichen kommunistischen Partei ist die Aufgabe, die wir lösen müssen. Die Ueberwindung des Kleinlichen, sektiererischen, fanatischen Selbstgeistes ist die erste Voraussetzung. Darum fordern wir als das dringendste Gebot der Stunde: Garantien von der Exekutive, daß nicht einzelne ihrer Mitglieder Streitigkeiten in unserer Partei erzeugen.

Parteiernossen und -genossinnen! Soll die kommunistische Partei endlich das werden, was der Vereinigungsparteitag vor einem Jahre verdröht: die große revolutionäre Massenpartei, in der sich die revolutionären Arbeiter und Angestellten vereinigen, so treten in allen Ortsgruppen und Bezirken mit uns dafür ein, daß im Sinne dieses Aufrufes die Partei umgestaltet und umstrukturiert wird.

- Tretet dafür ein, daß
1. die kompromittierten Genossen von den verantwortlichen Posten zurücktreten.
 2. daß die Politik, welche auf dem Zentralauschuß in einzelnen Fragen beschlossen wurde, programmatisch festgelegt und durch die Führung Garantien für die gradlinige Durchführung gegeben werden.
 3. daß der Weg freigehalten wird zur Wiedervereinigung mit den Genossen, die sich von uns getrennt haben.
 4. daß die Partei organisatorisch so aufgebaut wird, daß sie ohne Unterstützung von Bruderparteien ihre Organisation erhält.

Parteiernossen und -genossinnen! An Euch liegt es, Ihr als die Träger der Partei müßt entscheiden. Ihr habt es in der Hand, ob die kommunistische Partei in der verbendenen Kampffront des Proletariats sich das Vertrauen und den Einfluß gewinnt, um als Führerin in den kommenden Kämpfen dem Proletariat voranzufreten.

Eure Entscheidung entscheidet das Schicksal der deutschen Partei und mit ihr das Schicksal der kommunistischen Internationale.

Kämpft mit uns um eine klare kommunistische Führung gegen Fanatismus und Sektengeist. Unser Ziel ist und bleibt die große starke kommunistische Partei Deutschlands als die Sammelrin und Führerin der revolutionären Massen.

Berlin, den 20. Dezember 1921.

gez.: Otto Braß, Ernst Friesland, Heinrich Raltsahn.

Die Wirkung der Aktion der Parteiretter.

Die „Freiheit“ (Abendausgabe vom 24. 12.), die dank ihrer Verbindungen über die Arbeit und Absichten der Fraktion Friesland-Braß besser unterrichtet war als wir, bringt Skizzen aus der Erklärung der Hunderttausend Friesland und greift dann in die Höhe zu diesem Zweck:

Wodurch erneut bewiesen ist, daß für die Zentrale der innere Gesundheitsprozess der Partei weniger wichtig erscheint, als das Lieben an den gutgehabten Posten der Vorstandsmittelglieder und die weitere Anbahnung einer diskontinuirlichen Gewalt über den gesamten Parteiparagrafen. Hierüber: wenn die Götter verderben wollen, den Schlaganfall mit Alkoholdespotismus bestrafen der „Freiheit“ (Abendausgabe vom 19. 12.) über die Absichten in der KPD...

